Klassenkampf

Organ der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 6 M. Durch die Post monatl. 6 M. ohne Zustellungsgebühr. Verlag u. Geschäftsstelle: Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet 7—6 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 60 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 250 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteilteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto Leipzig 106848 Fritz Kroß

Einzelpreis 30 Pf. | Halle, Sonnabend, den 8. Januar 1921 | 1. Jahrgang · Nr. 6

Auf, zum gemeinsamen Handeln!

Offener Brief

an

Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund,
Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände,
Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands!

Die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands hält es für ihre Pflicht, in einem für das gesamte deutsche Proletariat bedeutsamen und schweren Augenblicke sich an alle sozialistischen Parteien und Gewerkschaftsorganisationen zu wenden.

Die fortschreitende Zersetzung des Kapitalismus, die Rückwirkungen der einsetzenden Weltkrise zu den Wirkungen der besonderen deutschen Krise, die fortschreitende Entwertung des Geldes und die in Deutschland noch immer fortschreitende Steigerung der Preise aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, die zunehmende Arbeitslosigkeit und Verelendung der breiten Massen machen es notwendig, daß die proletarische Klasse sich als Gesamtheit zur Wehr setzt, und dabei nicht nur der Industrieproletarier gedenkt, sondern all der Schichten, die erst jetzt erwachend, sich ihres proletarischen Charakters bewußt werden.

In dieser unerträglichen Situation wird das Proletariat gehalten durch die fortschreitende Reaktion, die in Orgesch, in dem Meuchelmord, in der Justiz, die jeden Meuchelmord deckt, immer neue Fesseln für das Proletariat erfindet, und die auf die Uneinigkeit des Proletariats spekuliert.

Die VKPD. schlägt daher sämtlichen sozialistischen Parteien und Gewerkschaftsorganisationen vor, sich auf folgender Grundlage zu unmittelbar zu beginnenden, die einzelnen noch näher zu besprechenden Aktionen zusammenzufinden:

I. a) Einleitung von einheitlichen Lohnkämpfen zur Sicherstellung der Existenz der Arbeiter, Angestellten und Beamten,

Verbindung der einzelnen Lohnkämpfe der Eisenbahner, Beamten und Bergleute sowie der anderen Industrie- und Landarbeiter zu geschlossener Aktion.

b) Erhöhung aller Renten und Pensionen der Kriegsopfer, Rentner und Pensionäre, entsprechend den geforderten Lohn- und Gehaltssätzen.

c) Einheitliche Regelung der Arbeitslosenbezüge für das ganze Reich auf der Grundlage der Verdienste der Vollbeschäftigten.

Belastung des Reiches mit der Unterstützung unter ausschließlicher Heranziehung des Kapitals für diese Zwecke.

Kontrolle der Arbeitslosen durch besondere Arbeitslosenräte in Verbindung mit den Gewerkschaften.

Maßnahmen zur Verbilligung der Lebenshaltung, nämlich:

II. a) Abgabe verbilligter Lebensmittel an alle Lohn- und niederen Gehaltsempfänger (Rentenempfänger, Witwen, Waisen, Angeldempfänger usw.) unter Heranziehung der Konsumvereine und unter Kontrolle der Gewerkschaften und Betriebsräte, Bereitstellung der Mittel dafür durch das Reich.

b) Sofortige Beschlagnahme aller zur Verfügung stehenden bewohnbaren Räumen mit dem Recht, nicht nur zwangsweiser Einquartierung, sondern auch zwangsweiser Ausquartierung kleiner Familien aus großen Wohnungen oder gar Häusern.

Maßnahmen zur Bereitstellung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen:

III. a) Kontrolle aller vorhandenen Rohmaterialien, Kohle, Düngemittel durch die Betriebsräte,

Wiederingangsetzung aller stillgelegten Betriebe, soweit sie Bedarfsgegenstände herstellen: Verteilung dieser so hergestellten Gegenstände nach den Grundsätzen zu II a).

b) Kontrolle der Bestellung, der Ernte und des Verkaufs aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch Guts- und Kleinbauernräte in Verbindung mit den Landarbeiterorganisationen.

IV. a) Sofortige Entwaffnung und Auflösung aller bürgerlichen Selbstschutzorganisationen und Bildung proletarischer Selbstschutzorganisationen in allen Ländern und Gemeinden.

b) Amnestie für alle Delikte, die aus politischen Motiven oder aus Gründen der bestehenden allgemeinen Not begangen wurden.

Freilassung aller politischen Gefangenen.

c) Aufhebung der bestehenden Streikverbote.

d) Sofortige Aufnahme der Handels- und diplomatischen Beziehungen zu Sowjet-Rußland.

Indem wir diese Aktionsgrundlage vorschlagen, verheimlichen wir keinen Augenblick, weder uns selbst noch den Arbeitermassen, daß die von uns aufgestellten Forderungen ihre Not nicht beseitigen können. Ohne auch für einen Augenblick darauf zu verzichten, in den Arbeitermassen den Gedanken um den Kampf, um die Diktatur, den einzigen Weg zur Erlösung weiter zu verbreiten, ohne darauf zu verzichten, die Arbeitermassen in jedem günstigen Moment zum Kampf um die Diktatur aufzufordern und zu führen, ist die Vereinigte Kommunistische Partei bereit,

mit allen anderen Parteien, die sich auf das Proletariat stützen, gemeinsam die Aktion um die oben angeführten Maßregeln durchzuführen.

Wir verbergen die Gegensätze nicht, die uns von den anderen Parteien trennen. Wir erklären vielmehr: wir wollen von den Organisationen, an die wir uns wenden, nicht ein Lippenbekenntnis zu den vorgeschlagenen Aktionsgrundlagen, sondern die Aktion für die aufgestellten Forderungen.

Wir fragen die Parteien, an die wir uns wenden, nicht: Haltet Ihr diese Forderungen für berechtigt, das setzen wir voraus.

Wir fragen sie:

Seid Ihr bereit, gemeinsam mit uns für diese Forderungen unverzüglich den rücksichtslosesten Kampf aufzunehmen?

Auf diese klare und eindeutige Frage sehen wir einer ebenso klaren und eindeutigen Antwort entgegen. Die Situation erfordert auch eine rasche Antwort. Wir erwarten deshalb eine Antwort bis zum 13. Januar 1921.

Sollten die Parteien und die Gewerkschaften, an die wir uns wenden, nicht gewillt sein, den Kampf aufzunehmen, so würde die VKPD. sich für verpflichtet erachten, diesen Kampf allein zu führen, und sie ist überzeugt, daß ihr die Arbeitermassen folgen werden. Schon heute wendet sich die VKPD. an alle proletarischen Organisationen im Reiche und die sich um sie sammelnden Arbeitermassen mit der Aufforderung, in Versammlungen ihren Willen zur gemeinsamen Abwehr gegen den Kapitalismus und gegen die Reaktion, zur gemeinsamen Verteidigung ihrer Interessen zu bekunden.

Zentrale
der Vereinigten Komunistischen Partei Deutschlands.
(Sektion der 3. Internationale.)

Basel für die 3. Internationale.

Die Baseler Organisation der Schweizer Sozialdemokratie nahm vor einigen Tagen Stellung zu den Beschlüssen des Berner Parteitages. Mit einer Mehrheit von 636 gegen 87 Stimmen hat sich die Versammlung für den sofortigen Anschluß an die Kommunistische Internationale ausgesprochen.

Generalstreik in Rheinland-Westfalen?

Der Kampf der Hamborner Belegschaft der Thyssenschen Werke gegen die Verlängerung des Achtstundentages geht weiter. Wie uns unterm 6. Januar aus Hamborn gemeldet wird, erklärt die Werksdirektion, daß alle Arbeiter, die bis zum 6. Januar ihre Arbeit nicht wieder aufgenommen hätten, entlassen würden. Falls sich nicht genügend Arbeiter meldeten, erfolge Stellegung des gesamten Werkes.

Auf diesen Einschüchterungsversuch sind von der insgesamt 14 000 Mann zählenden Belegschaft nur rung 800 Bergarbeiter hereingefahren. Die übrigen verharren im Streik und unterstützen das Ultimatum der Streikleitung, die innerhalb 48 Stunden die Erfüllung des Versprechens auf Aufrechterhaltung der Achtstundenschicht verlangt. Falls diese Forderung nicht erfüllt wird, sollen sämtliche Schacht- und Werkanlagen stillgelegt werden.

Am 7. Januar sind weitere 10 Schachtanlagen in einen 24stündigen Sympathiestreik eingetreten. Insgesamt beträgt zurzeit die Zahl der Streikenden bereits rund 40 000! Der Ausstand wird noch weitere Ausdehnung nehmen und auf andere Bergbezirke übergreifen, wenn die berechtigten Forderungen der Streikenden nicht erfüllt werden.

Natürlich versucht die Gewerkschaftsbureaukratie schon jetzt in Gemeinschaft mit den Organen der kapitalistischen Staatsgewalt, die Bewegung abzumeucheln. Der Ortsausschuß des ADGB. in Hamborn gab die Parole zur Weiterarbeit aus. Ohne jeden Erfolg natürlich, wie die Ausdehnung des Ausstandes beweist. Und die Polizei verhaftete am 6. Januar 15 Streikposten: mit dem gleichen negativen Resultat! Das klassenbewußte Proletariat läßt sich durch derlei Schikanen nicht einschüchtern und antwortet mit einer Verschärfung des Kampfes!

Aus Hamborn telegraphiert man uns:

Die Streiklage in Hamborn ist noch weiter verschärft. Die Direktion des Thyssen-Werkes hat gestern früh ihren Betrieb geschlossen und erklärt, daß sämtliche Arbeiter entlassen sind. Das bedeutet, daß den Arbeitern der Kampf aufgezwungen wird. Es ist zuverlässig festgestellt worden, daß bereits die Feuer ausgelöscht werden, so daß für absehbare Zeit der Betrieb nicht wieder in Gang gesetzt werden kann. Die Belegschaften sämtlicher Zechen von Groß-Hamborn und auch einzelner umliegender Ortschaften haben den Sympathiestreik erklärt. Der Sympathiestreik wird fortgesetzt werden.

Eine Konferenz sämtlicher Zechenräte von Rheinland-Westfalen wird, heute, Sonnabend, in Essen zusammentreten und Stellung nehmen zu den Hamborner Ereignissen. Von dieser Entscheidung wird es abhängen, ob der Generalstreik in Rheinland-Westfalen erklärt wird. Die Streikleitung von Hamborn hat an die Konferenz die Aufforderung gerichtet, sie mit allen Mitteln, auch mit dem Sympathiestreik, aktiv zu unterstützen. Wir stehen vor schweren Entscheidungen in Rheinland-Westfalen.

Alle Nachrichten der bürgerlichen Presse, daß nur Teilstreiks stattfinden, sind unwahr. 520 Arbeiter sind gestern eingefahren, was natürlich gegenüber der nach Tausenden zählenden Belegschaft bedeutungslos ist. 60 Beamte der Thyssenfabriken von 2000 vorhandenen Beamten haben sich bereit erklärt, Notstandsarbeiten zu verrichten. Es sind nur wenige, die den streikenden Arbeitern in den Rücken fallen.

Riesendemonstration bei Krupp.

Essen, 7. Januar. (WTB.) Anläßlich der wegen der Märzunruhen erfolgten Verhaftung des Betriebsratsmitglieds Schlüter von der Firma Krupp demonstrierten mittags nach der Arbeitszeit etwa 27 000 Arbeiter und Angestellte der Firma. Auf dem Burgplatz wurde eine längere Entschließung verlesen, in der die sofortige Freilassung des Betriebsratsmitgliedes gefordert und der Reaktion schärfster Kampf angesagt wird. Nachdem der Vorsitzende des Kruppschen Betriebsrates die Versammlung aufgefordert hatte, ruhig auseinanderzugehen, fand die Demonstration ihren Abschluß.

Das Flensburger Blutbad.

Severings Schuldbeweis.

Bei der Beratung über die Reorganisation der Polizei im Hauptausschuß der preußischen Landesversammlung antwortete Severing über den planmäßigen Arbeitermord in Flensburg auf eine Anfrage:

Der moralisch Verantwortliche für die traurigen Vorfälle in Flensburg sei der Denunziant, der von der Polizei nicht angestellt, sondern freiwillig gekommen wäre, vielleicht in der Hoffnung, für seine Mitteilung Geld zu erhalten. Die Angaben dieses ehemaligen Polizeibeamten seien so unwahrscheinlich gewesen, daß die Flensburger Polizei abgeraten hätte, sie weiter zu verfolgen. Aber der Kommandeur der Sicherheitspolizei, Plüskow, habe ohne Fühlungnahme mit der Polizeiverwaltung Haussuchungen vorgenommen, die ohne Ergebnis verlaufen seien. Trotzdem sei einer der angeblichen Hauptführer der Verschwörung verhaftet und gefesselt worden. Der gefesselte Mann sei bei

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210108-11/fragment/page=0001

einem angeblichen Flucht versuche erschossen worden. Oberpräsident und Regierungspräsident hätten sofort eine Untersuchung eingeleitet und Herrn von Plüskow und die beiden anderen beteiligten Polizeibeamten vom Dienste suspendiert. Die spätere Verteidigung der Kaserne durch die Sicherheitspolizei billigt der Minister ausdrücklich, sowohl was das lange Zögern als auch den endlichen Gebrauch der Waffe anbetrifft.

Plüskow ist also nach der Darstellung Severings der Veranstalter des Mordes an Hoffmann und der Polizeispitzel — der natürlich wie immer nicht angestellt ist — war sein Helfershelfer. Wer klar sieht, kennt die Schuldigen.

Nun fällt die ganze Antibolschewistenpresse von der „Deutschen Zeitung" bis zur „Freiheit" über die Kommunisten her und verbreiten die Lügenmeldung des „Vorwärts". Darin wird behauptet, die Kommunisten hätten zum Sturm auf die Sipokaserne gehetzt. Der Bericht eines Augenzeugen an die „Rote Fahne" wies nach, daß das Gegenteil richtig sei. Gerade die Führer der Flensburger VKPD. haben alles versucht, um den Kasernensturm zu verhindern! Wir erhalten darüber noch folgenden Bericht eines Augenzeugen:

„Der Kommunist Hoffmann aus Flensburg wurde schon einige Wochen bespitzelt und Offiziere der Sipo versuchten durch Ueberredung Hoffmann zu veranlassen, über angebliche Pläne der Kommunisten Bericht zu geben. Hoffmann wies das Ansinnen zurück mit dem Bemerken, daß er nichts wisse von Plänen der Kommunisten. Darauf erfolgte die Verhaftung Hoffmanns während der Nacht. Bei der Verhaftung wurde die Wohnung demoliert. Hoffmann in einem Auto zur Kaserne geschafft. Auf dem Kasernenhof soll er angeblich einen Fluchtversuch gemacht haben. Es steht fest, daß die Schüsse aus nächster Nähe abgegeben sind.

Die Arbeiter Flensburgs waren am Dienstag in einer Anzahl von 12 000 bis 15 000 erschienen. Nach der Beerdigung, bei welcher ein Mitglied der Hamburger Bezirksleitung der KPD. redete, zogen die Arbeiter auf einen freien Platz, wo nochmals zu den Massen geredet wurde. Des Abends fanden in zwei Sälen, die auf Antrage freiwillig von den Saalbesitzern zur Verfügung gestellt waren, überfüllte Versammlungen statt. Nach den Versammlungen bildete sich spontan ein Demonstrationszug, der vor die Kaserne zog. Als junge Leute in die Kaserne einzudringen versuchten, wurde die Menge von den führenden Kommunisten zum Auseinandergehen aufgefordert! Während nun die Demonstranten sich langsam entfernten, erschienen plötzlich aus einer Seitenstraße 30 bis 40 Sipoleute und eröffneten auf die sich entfernenden Massen das Feuer. Trotzdem die Demonstranten in aller Eile flüchteten, wurde noch auf sie geschossen."

Die auswärtige Lage Sowjet-Rußlands.

Die Lage, in der sich die Sowjetrepublik den anderen Staaten gegenüber im gegebenen Moment befindet, wird in erster Linie durch den Zusammenbruch aller Bemühungen, sie militärisch niederzuwerfen, bestimmt. Die Versuche der Entente, der russischen Konterrevolution zum Siege zu verhelfen, konnten nicht zum Ziel führen aus dem einfachen Grunde, weil sie nicht einheitlich vorgenommen wurden und gleichzeitig den Widerstand der breitesten Massen Rußlands hervorriefen.

Die Entente konnte sich nicht auf eine einheitliche Politik Rußland gegenüber einigen. Während Frankreich seine Karte auf Wrangel und Polen setzte, verhandelte Lloyd George mit Rußland. Während die Entente die Randstaaten gegen Rußland zu mobilisieren suchte, konnte sie in Rücksicht auf die russische Konterrevolution die Selbständigkeit dieser Randstaaten nicht anerkennen. Und alle Bemühungen der Führer der russischen Konterrevolution, sich ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen, um die Bauern zu gewinnen, halfen ihnen nichts. Die Bauernmassen wie die Arbeiterklasse sahen immer hinter den Weißen Garden das Gespenst der russischen Kapitalisten und Junker.

Mit Recht sagt Wells in seinem Buche über Rußland: Auf dem Schlachtfelde haben die Volksmassen immer für Sowjet-Rußland gestimmt. Sowjet-Rußland, nachdem es die Weißen geschlagen hat, schloß mit Finnland, Lettland, Estland und Litauen einen Frieden und es besteht die Aussicht, daß es auf der ganzen Westfront Frieden schließt. Es verhandelt über ihn mit Polen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Verhandlungen zu einem Frieden führen werden, denn der Sieg Polens im September hat sich als Pyrrhussieg erwiesen. Indem Sowjet-Rußland mit raschen Schlägen Wrangel besiegte, hat es die Hände freibekommen gegen Polen. Die Hoffnung Pilsudskis, ihm einen erpresserischen Frieden aufzudrängen, ist somit hinfällig geworden. Polen wird auf die Absicht Rußlands ökonomische Wucherbedingungen aufzudrängen verzichten, oder es wird sich zu einem aussichtslosen Krieg entscheiden müssen. Dies ist desto unwahrscheinlicher, als der Septembersieg sich auch ökonomisch als Pyrrhussieg erwiesen hat. Der Krieg hat den vollkommenen ökonomischen Ruin Polens besiegelt. Es kann jetzt keinen Krieg führen. Und wenn es sich noch so sehr mit Frankreich einläßt! Frankreich ist zu weit, und selbst zu sehr wirtschaftlich geschwächt, um ihm zum Siege zu verhelfen. Es scheint auch keine große Lust zu haben, sich vollkommen Polen gegenüber zu binden. Das offizielle französische Organ in Warschau, das „Journal de Pologne" fragt, welche Garantien dem Polen geben könne daß es mit französischer militärischer Hilfe Frankreichs Politik führen wird. Es weist nicht nur auf die Nigaer Friedensverhandlungen hin, sondern auch darauf, daß die ökonomische Lage dazu treibe, viel mehr in Deutschland als in Frankreich zu kaufen, was bei dem Stand der polnischen Valuta auch nicht anders sein kann. Wie dem auch sein mag, Sowjet-Rußland will den Frieden mit Polen, und alle Nachrichten von der Vorbereitung eines neuen Krieges gegen Polen sind unrichtig. Sowjet-Rußland wird gegen Polen zum Schwerte greifen, nur, wenn die Bankrotteur-Clique im Warschauer Belvedere einen akzeptablen Frieden ablehnt und sich als Instrument der Pariser imperialistischen Abenteurer aufspielen würde.

Was Rumänien anbetrifft, so bemüht sich Sowjet-Rußland seit Jahr und Tag, die rumänische Bojarenclique zu Friedensverhandlungen zu bewegen. Bisher hat Rumänien auf alle diese Bemühungen mit freundlichen Worten geantwortet. Aber immer wieder zeigte sich, daß die rumänischen Friedensdelegierten irgendwie den Zug verpaßten. Hoffentlich wird die Tatsache der Freiwerdung der Roten Armee und der Bezug der Winterquartiere durch einige ihrer Teile in Westukraina die rumänische Friedenssehnsucht reeller gestalten.

Was den Süden und Osten anbetrifft, so steht Sowjet-Rußland da in einer ausgezeichneten Verteidigungsanlage. Durch Sowjet-Armenien hat es die Verbindung mit den Kemalisten hergestellt, wodurch es imstande ist viel stärker als bisher die Politik der türkischen Nationalisten zu beeinflussen. Es kann sie gegen die Entente mit Munition unterstützen, es kann für den Fall ihrer Kompromisse mit der Entente einen jeden Versuch des Vorstoßes gegen Baku kräftig entgegentreten. Georgien hängt vollkommen von dem guten Willen Sowjet-Rußlands ab. Es wird sich hoffentlich tausendmal überlegen, bevor es der Entente erlaubt, Baku zum Ausgangspunkt einer Operation gegen Sowjet-Rußland zu machen. Sollte England Baku, entgegen dem Willen Georgiens, besetzen, dann würde Sowjet-Rußland zusammen mit Georgien gegen England zu kämpfen haben. Mit der Teheraner persischen Regierung steht Sowjet-Rußland in Verhandlungen, die ganz gewiß dem persischen Volke beweisen werden, wo es Schutz gegen die imperialistischen Pläne Englands zu finden hat.

In Mittelasien ist die Lage der Sowjet-Regierung durch die Festigung ihrer Politik in Turkestan und durch die Etablierung einer revolutionären Regierung in Buchara sehr gestärkt. Die afganische Regierung, die vom indischen Amt als Sturmbock gegen Turkestan benutzt werden sollte, hat die Gefahr dieses Spieles erkannt. Der Kampf des russischen und englischen Einflusses in Kabul ist noch nicht ausgespielt.

In Sibirien lagert sich zwischen Sowjet-Rußland und Japan die sogenannte fern-östliche Republik als Prellbock. Unter der Leitung des katkräftigen Genossen Krasnoschokow erschwert sie den Japanern das Eindringen in das Land, was durch die Verhandlungen Sowjet-Rußlands mit amerikanischen kapitalistischen Konzernen ganz gewiß nicht erleichtert wird.

Durch alle diese Vorgänge ist aber die Frage der internationalen Lage Sowjet-Rußlands nicht gelöst, sondern nur an den Lösungspunkt gebracht. Nach den Niederlagen Denikins und Koltschaks hat der Rat der Alliierten formell die Blockade aufgehoben, worauf die Handelsverhandlungen zwischen England und Rußland begonnen haben. Diese Verhandlungen schleppen sich schon ein Jahr hin, ohne zum endgültigen Resultat gekommen zu sein. Dies liegt nicht nur an den Widerständen, die Frankreich dem Frieden mit Rußland in den Weg legt, sondern auch daran, daß in der englischen Regierung der Kampf zwischen der Handelsbourgeoisie und der militärischen Clique tobt. „The New Statesman", das Fabian-Organ, hatte sehr recht, als es schrieb: Solange der Krieg im englischen auswärtigen Amt nicht aufhört, kann es auch keinen Frieden mit Rußland geben. Die englische Regierung sucht in den Handelsverhandlungen den Verzicht Sowjet-Rußlands auf seine revolutionäre Orientpolitik herauszuschlagen, ohne sogar die Sicherheit zu geben, daß die Handelsbeziehungen nicht lahmgelegt werden durch die Beschlagnahme des russischen Goldes. Es ist klar, daß auf dieser Basis kein Friede zustande kommen kann.

Mit der Möglichkeit des Abbruches der Verhandlungen zwischen London und Moskau ist die Möglichkeit der Wiederaufnahme der Interventionspläne durch die Entente gegeben. Wie unsinnig diese Pläne auch sind, sie spuken noch immer im Kopfe Churchills wie der französischen Säbelrasseln. Da aber nach all den Niederlagen der Teilangriffe auf Sowjet-Rußland ein neuer Angriff nur als allgemeiner Angriff von allen Seiten gemacht werden kann, so ist damit auch die Frage aufgeworfen, von der Einreihung Deutschlands in die antibolschewistische Front. Die deutsche Regierung, deren russische Politik, jedes eigenen Gedankens bar, wie ein Schatten den Schwankungen der englischen Politik folgt, verfolgt natürlich all die Möglichkeiten. Und wenn es eine große Tapferkeit vom Brester Helden, dem General Hoffmann, war, mit einem Plane der Teilnahme Deutschlands an dem Kreuzzuge gegen Sowjet-Rußland offen aufzutreten, so unterliegt es gar keinem Zweifel, daß es eine Fraktion in der deutschen Regierung gibt, die auf diesen Plan hinarbeitet. Die Hetze gegen Sowjet-Rußland, die in letzter Zeit in der deutschen konservativen Presse so verschärft zutage tritt, verfolgt den Zweck, Sowjet-Rußland zu Gegenmaßnahmen zu reizen, die den schwachen Draht, der noch Moskau mit Deutschland verbindet, zerschneiden wird.

Sowjet-Rußland sieht den Kämpfen der kapitalistischen Cliquen der ganzen Welt untereinander mit dem Plane, wie man am besten den Feuerherd der Revolution austreten könnte, mit Aufmerksamkeit und Ruhe zu. Der Friede mit dem kapitalistischen Ausland, die Handelsbeziehungen zu ihm, enthalten Gefahren, gegen die es sich durch die eigene wirtschaftliche Tätigkeit und Organisation zu stärken sucht. Die Kriegsgefahr wird es gerüstet finden, gestützt nicht nur auf die eigene Kraft, sondern auch auf die Uneinigkeit der Gegner, die selbstsüchtige Profitinteressen verfolgen, sich gegenseitig nicht über den Weg trauen, und zuletzt auf die proletarische Solidarität mit Sowjet-Rußland. Sie wächst mit jedem Tag, trotz der Dittmänner, Hilferdinge, Longuet und Snowden, die, jedem Kampf mit dem Weltkapital ausweichend, den Mut gefunden haben, das Banner des Kampfes gegen die „Moskauer Knute" zu entfalten, das heißt gegen den einzigen proletarischen Staat.

Sowjet-Rußland sieht einem vierten Jahre des Kampfes entgegen, es hofft, ihn siegreich zu bestehen aus eigener Kraft und dank der Hilfe des Weltproletariats.

Der Spitzelsumpf in Sachsen.

Trotzdem sich jetzt in die Regierung Sachsens die Unabhängigen mit den Rechtssozialisten teilen, blüht das Spitzeltum lustig weiter. Herrn Harnischs Staatsanwälte, die bis in die Gefängnisse hinein die Kommunisten bespitzeln lassen und ihren Spitzeln Schnaps und Bier zur Verfügung stellen, um die Opfer betrunken zu machen und sie dann auszuhorchen, stehen Herrn Lipinskis Polizeibeamten würdig zur Seite.

Richard Lipinski, der in der unabhängigen Partei Sachsens keine geringe Rolle spielt, hat seit Anfang Dezember das Ministerium des Innern übernommen. Ihm untersteht also die sächsische Polizei. Er hat aber bis jetzt nur den Apparat aus den Zeiten der Wettiner übernommen, ohne irgendwelche Aenderungen zu treffen. Die Spitzelzunft, gegen die er in der Kriegszeit heftig wetterte, wenn ein Dokument aus seinem Parteibüro in die Akten der Polizei gewandert war, gegen die er noch kurz vor Antritt seiner Herrschaft vom Leder zog, diese erbärmliche Spitzelzunft steht jetzt im Dienste Lipinskis. Seine Polizeibeamten werben Spitzel und verwenden Gelder, um die verhaßten Kommunisten endlich auszurotten.

Unser Chemnitzer Parteiorgan „Der Kämpfer" schreibt darüber:

„In diesen Tagen ist es unseren Fallensteiner Genossen gelungen, wieder eine Giftblase zum Platzen zu bringen. Es handelt sich um den Spitzel namens Korte. Daß sich die Regierung in Fallenstein gegen Hölz etwas kosten lassen wird, war zu erwarten. Unsere Genossen kamen nun dahinter und haben jetzt die Bande entlarvt. Aus einem uns zur Verfügung gestellten Protokoll entnehmen wir folgende Stelle:

„... Sternitzky gibt zu, daß er als Spitzel in der Angelegenheit mitgewirkt und 100 Mk. von Korte als Belohnung erhalten hat. Forl gibt uns einige Punkte zur Aufklärung, wie er als Spitzel in Tätigkeit getreten ist, unter anderem unterbreitet er uns, daß ihm

Wachtmeister Bechardt gesagt hätte, daß für Hölz nicht mehr 50 000 Mk., sondern 150 000 Mk. von der Regierung ausgesetzt wären und extra eine halbe Million von den Fabrikanten.

Ebenfalls teilte er noch mit, daß Wachtmeister Langer Geld von den Fabrikanten zusammengetragen hat und daß davon Korte 2000 Mark ausgezahlt wurden, wovon Forl selbst 1000 Mark erhalten hat. Weiter teilt er mit, daß zu dem Abend in Schwaderbach der Kriminalkommissar Jahn aus Dresden, Richter aus Plauen und ein Beamter aus Klingenthal mitbeteiligt waren. Für Korte wurde sehr viel Zeche bezahlt. Am anderen Tage erhielten auch Forl und Gerisch von den Beamten je 25 Mk. Lehmann erhielt von Korte 150 Mk. Des weiteren führte er aus, daß Storl auf einer Bahnfahrt, als er von Dresden zurückkam, zu Neibel gesagt hat, daß eine Person von Falkenstein sämtliche Akten, Protokolle und Niederschriften der Regierung ausgeliefert hat. Betreffs der Bewaffnung gibt uns Forl kund, daß Korte und andere Spitzel Waffen erhalten hätten ..."

„Der Kämpfer" fragt nun Herrn Lipinski, ob ihm diese Zustände in der sächsischen Polizei bekannt sind? Was gedenkt er zu tun, um dem Spitzelunwesen wenigstens in Sachsen ein Ende zu machen? Er fragt ferner: ist es wahr, daß die Regierung die Prämie auf den Kopf von Max Hölz von 80 000 auf 150 000 Mk. erhöht hat?

Inzwischen hat Lipinski bewiesen, daß er die Fragen nicht beantworten wird. Höchstens wird er nach den Gewohnheiten hoher Herren durch den amtlichen Pressedienst ein Dementi loslassen. Denn wer, wie Lipinski, gegen wehrlose Arbeitslose die Reichswehr und die Sipo alarmiert, dem geniert eine solche Frage nicht, der wendet auch Spitzel gegen Kommunisten an.

Jetzt hat sich die konterrevolutionäre Politik Lipinskis entlarvt, jetzt steht er samt seinen Parteigängern in nackter Brutalität da. Es wird höchste Zeit, daß alle Arbeiter endlich die Lipinskis erkennen.

Die Entscheidung über die Eisenbahner.

Heute fällt über die Lohnforderungen der Eisenbahner die Entscheidung. Am Freitag haben im Finanzministerium in Berlin die Verhandlungen mit dem Deutschen Beamtenbund und seinen Unterorganisationen begonnen. Gleichzeitig werden auch im Reichsverkehrsministerium die Besprechungen mit den Eisenbahnern weitergeführt. Es besteht zwischen den Wünschen der Beamten und den Ansichten des Finanzministeriums insofern ein erheblicher Unterschied, als die Beamten größere Aufbesserungen wollen in den unteren Gehaltsklassen, während die Regierung bei den Eisenbahnern die Erhöhungen nach den Ortsklassensystem vornehmen will.

Bessert die Regierung die Vorschläge nicht auf, dann muß es zum Kampfe kommen. Dann müssen die Beamten standhalten und alle Arbeiter müssen die Beamten in ihrem berechtigten Kampfe unterstützen.

Die Zahl der Erwerbslosen im Reich.

Berlin, 6. Januar. (WTB.) Wie aus dem Reichsarbeitsministerium gemeldet wird, ist die Zahl der Erwerbslosen in der Zeit vom 1. bis zum 15. Dezember 1920 erneut und zwar erheblich gestiegen. Es betrug am 15. Dezember die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Reiche 365 307 gegen 350 368 am 1. Dezember, die Zahl der mitunterstützten Familienangehörigen 380 384 gegen 352 252.

Diese „amtlichen" Zahlen umfassen aber nur die wirklich gemeldeten und unterstützten Arbeitslosen. Um eine richtige Uebersicht über die Arbeitslosigkeit zu gewinnen, müßte man auch die Zahl der nichtgemeldeten Erwerbslosen kennen und die Kurzarbeiter, die ebenfalls zu den Arbeitslosen zu rechnen sind, berücksichtigen. Schätzungsweise sind unter diesem Gesichtswinkel die oben angegebenen Zahlen zu verdreifachen.

Konrad Haenisch verordnet.

Die Feier der deutschen Kaiserkrönung in Versailles.

In der letzten Nummer des „Volksblattes" berichteten wir über einen Beschluß der Reichsregierung, am 18. Januar zum Andenken an die 50. Wiederkehr des Tages der Begründung des Deutschen Kaiserreiches in den Schulen angemessene Feiern veranstalten zu lassen. In einem Rundschreiben an die Landesregierungen ersuchte der Reichsminister des Innern, in dieser Richtung alsbald das weitere veranlassen zu wollen.

Dieses Rundschreiben ist mittlerweile auch an Herrn Konrad Haenisch, derweil preußischer Minister für Unsinn, Kitsch und Volksverdummung, gelangt, der nicht nur alsbald, sondern sofort „das weitere veranlaßte", indem er ohne Bedenken eine Verfügung erließ, deren erster Absatz also lautet:

Am 18. Januar sind fünfzig Jahre vergangen, seit die deutschen Stämme sich zum Deutschen Reich zusammengeschlossen haben. Dieser Tag soll in allen Schulen würdig und eindrucksvoll durch eine dem Ernste der Zeit entsprechende schlichte und stille Feier begangen werden.

Das genügt.

Den Studienräten der höheren Lehranstalten, den Volksschullehrern, die in Verkennung ihrer Klassenlage nationalistisch verbohrt sind, wird hier die beste Gelegenheit geboten, der Jugend von den „herrlichen" Zeiten unter der „glorreichen" Regierung der Hohenzollern zu erzählen. Sie werden ihre einseitigen Geschichtskenntnisse auspacken und ausführlich auf die „Größe" der Zeit vor 50 Jahren hinweisen, als Wilhelm I. im Spiegelsaal zu Versailles zum deutschen Kaiser ausgerufen wurde. Was wird da von der Revolution und der Republik übrigbleiben! Die „schlichte" und „stille" Feier wird in jedem Falle ausklingen in ein Gelöbnis, jetzt und immerdar zu kämpfen gegen die sozialistischen und kommunistischen Umsturzbestrebungen, die dem „einzigartigen" Geschlecht der Hohenzollern die Kaiserkrone nicht gönnen wollten. So geschehen im Jahre des Heils 1921, als Friedrich Ebert Präsident der deutschen Republik, und Konrad Haenisch Minister für preußische Kultur war.

Die „Ordnungspolizei" in Bremen.

Berlin, 7. Januar. Von der Bremer Bürgerschaft waren kürzlich Beschlüsse gefaßt worden, wonach erstens bei der Ordnungspolizei der größere Teil der Führerstellen gestrichen und zweitens die Stadtwehr kurzhand aufgehoben werden sollte. Der Reichsminister (!) des Innern hat darauf ein Schreiben an den Senat in Bremen gerichtet, in dem er ausführt, er (der Reichsminister) erachte durch die gefaßten Beschlüsse der Bürgerschaft die öffentliche Ordnung in Bremen für gefährdet und ersuche, bei dem überwiegenden finanziellen und allgemeinen Interesse, daß das Reich an der Ordnung der Sicherheitsverhältnisse habe, diese Beschlüsse einer Revision zu unterziehen. Er sehe einer Mitteilung der Ergebnisse der Verhandlungen entgegen und werde nach Eingang dieser Mitteilung seine endgültige Entschließung treffen.

Unabhängige Bankerottpolitik in Braunschweig.

Der Freistaat Braunschweig „erfreut" sich einer rechtssozialistisch-unabhängigen Regierung, worin die Unabhängigen die große Mehrheit ausmachen. Nachdem sie der Reaktion durch gute Treuhänderarbeit im Sinne der kapitalistischen „Ordnung" erfolgreich unter die Arme gegriffen, wobei ihr natürlich keine Zeit blieb, irgend etwas zu tun, was wie die Erfüllung proletarischer Forderungen aussehen könnte, glaubte sie, gestützt auf das Wohlwollen der bürgerlichen Parteien, denen sie unter anderem den Fortbestand der Einwohnerwehren garantiert hatte, die Staatspolizei [illegible] verwerfen zu können. Sie legte dem Landtage einen Gesetzentwurf über die Verstärkung der staatlichen Sicherheitspolizei vor mit der Begründung, sie sei notwendig zur Abwehr monarchistischer Putsche. Das Entgegenkommen der bürgerlichen Parteien zwang sie zum Abstand von dieser Motivierung und zu ihrer Formulierung dahin, daß die Verstärkung der Sicherheitspolizei eine Schutzmaßnahme gegen kommunistische (!) Treibereien sein sollte. Aber auch das hat dieser „sozialistischen" Regierung, die ihre Motive wechselt wie schmutzige Hemden, nichts genützt. Ihre Vorlage wurde abgelehnt. Die bürgerlichen Parteien wollen nur dann eine verstärkte Sicherheitspolizei, wenn ein sogenannter unparteiischer Kontrollausschuß über ihre einwandfreie Zusammensetzung, das heißt also Verminderung des Eintrittes von Arbeitern, wachen kann. Das Braunschweiger Ministerium hat daraufhin die Vertrauensfrage gestellt, weil, wie der Herr un-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210108-11/fragment/page=0002

abhängige Ministerpräsident Sepp Oerter erklärte, der Antrag der bürgerlichen Parteien einem Mißtrauensvotum gleichkomme

Auch dieser Vorfall zeigt wieder einmal wie an einem Schulbeispiel, daß jede proletarische Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie, zu der auch sogenannte sozialistische Bundesstaatenregierungen innerhalb eines kapitalistisch-reaktionären Staatsverbandes zählen, sofort in die Brüche gehen muß, sobald die sozialistischen Teilnehmer den Versuch machen, auch nur im geringsten etwas an den Grundlagen der bürgerlichen Macht zu ändern. Und dabei waren die Herren Oerter, Junke usw. doch so bescheiden wie nur irgend möglich.

Ein kommunistischer Antrag

erregt das Mißfallen aller derer, die etwas haben, und so zetern sie: In Wald (Rheinland) beantragten die Kommunisten, die in der Stadtverordnetenversammlung die Mehrheit haben, die Aufnahme einer städtischen Anleihe von fünf Millionen, aus der jedem Einwohner, der bei zwei Kindern 18 000 Mark Einkommen nicht erreicht, der Fehlbetrag gezahlt werden soll. Zur Verzinsung der Anleihe soll eine Wohlfahrtssteuer von allem Einkommen über 50 000 Mark erhoben werden.

Philipp schreibt seine „Denkwürdigkeiten".

Aus einem im „Vorwärts" abgedruckten Aufsatz Scheidemanns über Bethmann-Hollweg ist zu ersehen, daß Philipp an einer Darstellung seiner „Erinnerungen" und Aufzeichnungen aus den Kriegs- und Revolutionsjahren arbeitet. Sein Buch soll unter dem Titel „Der Zusammenbruch" erscheinen und noch in diesem Monat herauskommen. Nachdem die alldeutschen Generale und Admirale wie Hindenburg, Ludendorff und Tirpitz, die Staatsmänner des Bankerotts, wie Bethmann-Hollweg u. a. vergeblich versucht haben, ihre ungeheuere Blutschuld von sich abzuwälzen, nachdem sogar der Mann von Amerongen seine verhängnisvolle Rolle zu verteidigen versucht, hält es die Sozialpatrioten nicht länger zurück, sie fangen an, auch in großen Memoirenwerken, die anscheinend für die Nachwelt bestimmt sein sollen, ihre erbärmliche Kriegs- und „Revolutionspolitik" als die alleinseligmachende zu rechtfertigen. Also schrieb Gustav Noske, der deutsche „Arbeiter", sein berühmtes Werk: „Von Kiel bis Kapp". Und jetzt folgt Scheidemann mit seinem „Zusammenbruch". Interessant ist das Lob, das die „Saaleztg." Herrn Scheidemann bei der Ankündigung seines Buches spendet. Sie spricht von dem „ehemaligen Kanzler, **dem das Verdienst nicht abgesprochen werden kann, daß er, wenn auch vergeblich, versucht hat, die Revolution zu verhindern.** Dieses Lob aus bürgerlicher Feder beweist mehr als die ausführlichste Widerlegung des Scheidemannschen Sozialpatriotismus.

Wieder ein deutscher Universitätsskandal.

Die erbauliche Geschichte der Universitäten der Republik Deutschlands ist um ein neues Blatt vermehrt worden. Am 5. Januar fand vor dem Senat der Universität Berlin eine Verhandlung gegen den kommunistischen Studenten W. statt, weil er den deutschnationalen Studenten Conti mündlich und durch Anschlag am schwarzen Brett als „Lockspitzel" bezeichnet habe.

Der Beklagte wurde durch den Privatdozenten Genossen Dr. Rosenberg verteidigt. In der Verhandlung mußte Conti zugeben, daß er in der Zeit der Berliner Kämpfe 1919, verkleidet als „roter" Matrose, mit roter Kokarde usw. Arbeiterversammlungen besucht und mit revolutionären Kampforganisationen Fühlung gesucht hat, **um deren Führer dann zur Verhaftung zu bringen.** Conti gab weiter zu, daß er diese löbliche Tätigkeit als Angehöriger der Garde-Kavallerie-Schützendivision und zugleich in Verbindung mit der berüchtigten Arbeitsstelle Berliner Studenten ausgeübt hat. **Er bezog dafür Militärlöhnung nebst Spesen.** All dies sei mit Wissen und Billigung des Herrn Reichswehrministers Noske geschehen!

Nach diesem Ergebnis der Verhandlung stellte der Universitätssenat fest, daß der Beweis der Lockspitzelei völlig mißlungen sei!! Der Angeklagte habe sich schwer vergangen! Genosse W. wurde mit einem Verweis, nebst Androhung der Entfernung von der Universität, bestraft. Das heißt, sobald W. sich noch einmal einen Verstoß gegen die „akademische Disziplin" zuschulden kommen läßt, wird er sofort von der Universität ausgestoßen.

Also der Kommunist wird bestraft, und der deutschnationale Herr Spitzel-Student läuft unangefochten herum und darf in seiner Ehre nicht gekränkt werden. Recht so, lieber Senat! Auch dieses Urteil kann nur dem Proletariat zeigen, was die deutschen Universitäten zurzeit sind: Brutstätten frechster und finsterster Reaktion, die wir — wenn es so weit ist — mit eisernem Besen auskehren werden.

Unabhängige Kläffer.

Der politische Kampf um die großen Ideen der Zeit wird zuweilen mit recht niedrigen Mitteln geführt. Es gibt Parteien, die gar nicht anders als kleinlich ihren Gegner begeifern können, weil sie keine großen Ziele zu erstreben haben.

Die unabhängige Sozialdemokratie steht zwischen zwei Welten und muß naturgemäß nur einen unflätigen, persönlichen Kampf führen, um ihren Mitgliedern revolutionäres Wirken vorzugaukeln. Die Rechtssozialisten haben ihr Programm und stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir Kommunisten haben unser abgeschlossenes Programm und stehen auf dem Boden der Diktatur. Beide Parteien können sich sachlich auseinandersetzen. Wo aber steht die USP.? Sie hat kein klares Programm, steht weder auf dem Boden der Diktatur noch der Demokratie, wankt hin und her und nährt sich nur von kleinlichem Parteigezänk.

Danach sind die Angriffe zu bewerten, die sich in der USP.-Presse jetzt öfters finden. Ein fetter Happen füllt jetzt die unabhängigen Zeitungen: „Die Zustände in der „kommunistischen" Druckerei in Halle". Darin wird behauptet, daß sechs bis sieben Kopfblätter hergestellt würden und — das hat es den Menschewisten besonders angetan — Massenauflagen kommunistischer Flugblätter. Dann heißt es weiter:

„Anstatt nun den Arbeitsmarkt durch Einstellung von Arbeitslosen zu entlasten, wird im „Volksblatt" Tag und Nacht gearbeitet. Der Buchbinder des Betriebes, einer von den kommunistischen Hauptschreiern, der gleichzeitig Vorsitzender des Buchbinderverbandes ist, hat in einer Woche 96 Stunden gearbeitet. Er hat sogar seine Frau zur Arbeit mitgebracht, obgleich eine Anzahl weiblicher Arbeitskräfte vorhanden ist."

Um nun den Schwindel ein wenig schmackhafter zu machen, wird noch behauptet, ein neuer Parteiangestellter habe für 100 Mk. Schokolade an die Frauen verteilt.

Zunächst sind bis zum 31. Dezember nur vier Kopfblätter in der Druckerei hergestellt worden. In der Buchbinderei fehlte es anfangs an Maschinen, und da nicht dauernde Aufträge vorlagen, fand man schwer Arbeiterinnen. Während früher nur ein Buchbinder und vier Arbeiterinnen tätig waren, sind es jetzt vier Buchbinder und dreizehn Mädchen. Die Frau des „Hauptschreiers", der noch nie in einer Versammlung gesprochen hat, hat im ganzen drei Tage ausgeholfen. Gegenwärtig besteht in der Buchbinderei Doppelschicht.

Aber das Bild bekommt nun ein anderes Gesicht. Obwohl die USP. sich über die bestehenden technischen Verhältnisse aufregt, mutete sie den Arbeitern zu, noch ein USP.-Blatt in der „kommunistischen" Druckerei herzustellen und die Anstrengungen des Personals noch zu steigern. Der Gauleiter und Gehilfenvertreter König hat als Sachverständiger erklärt, daß die Herstellung einer weiteren Zeitung, wenn auch mit kleiner Auflage, technisch nicht möglich ist, trotzdem seit 1. Januar nur noch drei Kopfblätter des „Klassenkampfes" erscheinen. Nun bestehen die schlimmen Zustände in der „kommunistischen" Druckerei nicht mehr, jetzt — so sagen die USP.-Männer — läge es nur am guten Willen.

Das ist wohl der runde Beweis dafür, daß es der unabhängigen Presse nur darauf ankam, kleinlichen, niedrigen Kampf gegen die VKPD. zu führen. Um große Gedanken streiten die Unabhängigen nicht. Sie haben nichts zu erringen. Drum kläffen sie. Wie auf uns diese Schmierereien wirken, sagt der Dichter klassisch:

Es will der Spitz aus unserm Stall
uns immerfort begleiten.
Doch seines Bellens lauter Schall
beweist nur, daß wir reiten!

Die Wiener Arbeiter im Steuerstreik.

Gegen den Steuerabzug vom Lohn, der auch in Oesterreich eingeführt werden soll, protestiert die Wiener Arbeiterschaft mit voller Energie. In den einzelnen Großbetrieben werden Versammlungen abgehalten, in denen die rechtssozialistischen Führer den Steuerabzug befürworten, während die Kommunisten sich mit guten Gründen dagegen wenden.

In der großen Simmeringer Waggonfabrik verlief die Betriebsversammlung stürmisch. Der Landeshauptmann-Stellvertreter Widholz, ein Rechtssozialist, trat für die Steuerleistung ein. Eine ganze Reihe Arbeiter aber gaben ihrer Empörung gegen die Sozialdemokratie so deutlich zum Ausdruck, daß Widholz den Saal verlassen mußte.

Aus dem Beschluß der Versammlung ist zu erwähnen, daß die Versammlung denjenigen Vertrauensmännern, die bei der Vertrauensmännerkonferenz für den Steuerabzug gestimmt haben, ihr schärfstes Mißtrauen ausspricht. Die Versammlung erklärt, daß sie mit allen Mitteln gegen den Steuerabzug kämpfen werde. Durch die Preisanarchie seien die Arbeiter besteuert genug, so daß die heutigen Verhältnisse den Arbeitern keine Existenz mehr bieten. Die Versammlung spricht ihr Mißtrauen gegen die Regierung aus und fordert, daß der Termin des Steuerabzugs solange hinausgeschoben werde, bis die Regierung nachweisen kann, daß

1. mehrere Milliarden der Vermögensabgabe eingelaufen sind,
2. Wucherer und Getreideschieber mit Kerkerstrafen belegt sind, und
8. bis sich die Verhältnisse so gebessert haben, daß den Arbeitern eine menschenwürdige Existenz garantiert ist.

Bis dahin ist an eine Steuerabgabe der Arbeiter überhaupt nicht zu denken.

Die Versammelten erklären weiter, daß, wenn die sozialdemokratische Parteileitung sie nicht unterstützt, die Arbeiter daraus die politischen Konsequenzen ziehen werden.

Aehnliche Resolutionen wurden nach dem Bericht der Wiener „Roten Fahne" in einer ganzen Reihe von Versammlungen der großen Werke beschlossen. Ueberall wurde die Parole herausgegeben: **„Steuerverweigerung diesem Staat des grenzenlosesten Wuchers und der ungeheuersten Ausbeutung!"**

Der Sieg der Eisenbahner in Graz.

Der Streik der Südbahner ist nach dreitägiger Dauer beendet. Die Forderungen der Beamten sind bewilligt, darunter Auszahlung eines Vorschusses von 1000 Kronen. Der Verkehr ist am 6. Januar früh bereits wieder aufgenommen.

Französisches Kriegsgericht gegen Kommunisten.

Mainz, 7. Januar. (WTB.) Das französische Kriegsgericht verurteilte den Kommunisten Schilling aus Höchst wegen „Aufreizung" französischer Soldaten zur Revolte, begangen durch Verbreitung einer bolschewistischen Flugschrift, zu drei Jahren Gefängnis und zu einer erheblichen Geldstrafe. Der Kommunist Glaab aus Worms wurde wegen Einfuhr verbotener Schriften ins besetzte Gebiet zu einem Monat Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Wegen derselben Straftat erhielt der Kommunist Stichelberg aus Mainz unter Bewilligung mildernder Umstände 500 Mark Geldstrafe.

Die französische Bourgeoisie läßt durch ihren Klassenjustizapparat das revolutionäre Proletariat nicht minder verfolgen, als es die deutsche Kapitalistenklasse tut.

Gärung unter den französischen Eisenbahn- und Postbeamten.

Als Protest gegen die Schikanen der Verwaltung befinden sich die Postbeamten Frankreichs in passiver Resistenz. Auch unter den Eisenbahnern gärt es: große Eisenbahnerversammlungen fordern Lohnerhöhung und Freilassung der politischen Gefangenen. Falls diese Forderungen nicht bewilligt werden, wollen die Eisenbahner dem Beispiel der Postbeamten folgen und ebenfalls in passive Resistenz treten.

Kommunistenhetze in Norwegen.

Der Abbruch des letzten Eisenbahnerstreikes hat offenbar der norwegischen Bourgeoisie neuen Mut gemacht. Wie aus Christiana gemeldet wird, wurde der Vorsitzende unserer norwegischen Bruderpartei, Genosse Greff, verhaftet. Als Anlaß zur Verhaftung wird angegeben, daß die Partei die Regierungsvorschriften wegen der Ein- und Ausfuhr der kommunistischen Literatur übertreten habe. Ihr Gewaltstreich wird den Kampfwillen des Proletariats nur verstärken.

Notizen.

Das englisch-russische Handelsabkommen. Nach einer Havasmeldung aus London meldet Reuter, daß eine grundsätzliche Einigung mit Krassin über die sachlichen Punkte des englisch-russischen Handelsabkommens zustande gekommen sei. Man rechne damit, daß die Verhandlungen demnächst zu einem endgültigen Abschluß kommen werden.

Rüstet Polen gegen die Tschechoslowakei? Prag, 7. Januar. Aus Prag wird berichtet, die Oeffentlichkeit beschäftigte sich dort lebhaft mit den polnischen Truppenansammlungen, die von der Grenze gemeldet werden, und von denen man annimmt, daß sie einen feindseligen Charakter gegen die Tschechoslowakei tragen.

Explosion auf Schießplatz Tegel. Gestern, Freitag nachmittag entstand auf dem Schießplatz Tegel beim Abholen von Artilleriemunition auf einem Wagen der Reichstreuhand-Gesellschaft eine heftige Explosion, wobei fünf Personen zum Teil schwere Verletzungen und Brandwunden davontrugen.

Unglück auf einer Zeche in Duisburg. Im Kohlenflöz Sonnenschein auf der Zeche Westend sind durch herunterstürzende Kohlen fünf Mann verschüttet worden, von denen bis jetzt nur ein Mann lebend geborgen werden konnte.

Der Kampf gegen Toller. Die bayerische Regierung hat nunmehr nicht nur die öffentlichen, sondern auch die geschlossenen Aufführungen von Tollers Drama „Masse Mensch" verboten, die die Nürnberger Gewerkschaften veranstalten wollten. Die Kahr-Escherich-Regierung beseitigt also in Bayern sogar die letzten Reste bürgerlicher Freiheit.

Gewerkschaftliches.

Zum Metallarbeiterstreik in Leipzig.

Am 7. Januar fanden auf Veranlassung des Kreishauptmanns auf der Kreishauptmannschaft Leipzig Verhandlungen zwischen dem Verband der Metallindustriellen und dem Metallarbeiterverband unter Leitung des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses Dr. Döring statt, wobei eine Grundlage für eine weitere Verständigung gefunden wurde, die erwarten läßt, daß die Arbeit in allen Betrieben in den nächsten Tagen wiederaufgenommen wird.

Streik im rheinisch-westfälischen Industriebezirk.

Berlin, 7. Januar. (WTB.) In Bochum, Dortmund, Essen und Duisburg sind die Elektromonteure wegen Tarifstreitigkeiten in den Ausstand getreten.

Schwedische Unternehmer vermindern die Löhne.

Stockholm, 7. Januar. (WTB.) Die Unternehmer der Sägemühlenindustrie haben beschlossen, die Arbeitslöhne um 20 Prozent herabzusetzen. Welche Stellung die Arbeiter hierzu einnehmen, ist bisher nicht bekannt.

Der erste Deutsche Arbeiter-Sport-Kongreß.

Am 15. und 16. Januar kommen zum ersten Male die Arbeitersportler Deutschlands zu einem Kongreß in Jena zusammen. Ungefähr eine Million Proletarier umfaßt dieser Zweig der Arbeiterbewegung. Darum dürfte dieser Kongreß wohl nicht nur für Sport treibende Genossen von großer Bedeutung sein, sondern nach unseren Leitsätzen haben wir in allen Arbeitermassenorganisationen unsere kommunistischen Ideen hineinzutragen. Die sporttreibenden Genossen, die auf kommunistischem Boden stehen, unterbreiten auf diesem Kongreß folgende Leitsätze als Richtschnur für alle Arbeitersportorganisationen Deutschlands.

Die von der Arbeiterklasse in der Periode der friedlichen Entwicklung des Kapitalismus geschaffenen Arbeitersportorganisationen waren entstanden, um eine reinliche Scheidung zwischen der bürgerlichen — also arbeiterfeindlichen — und der proletarischen Sportbewegung herbeizuführen. Ein wichtiger Grund dieses Scheidungsprozesses war, die sporttreibenden Sozialisten wollten gemäß ihrer politischen Ueberzeugung ihrer Partei dienen. Der in den Generalstatuten der I. Internationalen Arbeiter-Assoziation im Jahre 1864 von dem großen Altmeister Karl Marx festgelegte Satz: daß die Emanzipation der Arbeiterklasse nur ein Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann — hat bis zum heutigen Tage seine volle Berechtigung. Die „klassische" Dreiteilung der deutschen und zum Teil auch internationalen Arbeiterbewegung:

1. die politische Form (politische Arbeiterparteien, also streng politische Körperschaften),
2. die wirtschaftliche (die Gewerkschaften, die Konsumvereine, die Kriegsbeschädigtenorganisationen),
3. die kulturelle Form (Bildungsorganisationen, Sportorganisationen, Wohnungsausschüsse, Mieterverbände u. a. m.)

müssen ein geschlossenes Ganzes auf streng zentralisierter Grundlage bilden. Politische Neutralität von irgendeinem Mitglied der Arbeiterbewegung ist nur dazu angetan, die Arbeiter von dem organisatorischen Kampf für den Sozialismus und Kommunismus abzulenken. Politische Neutralität bedeutet Verrat an der politischen Revolution. Infolge des wahnwitzigen verbrecherischen Weltkrieges befinden sich die Proletarier im Zustande der ausgesprochenen Armut, des Hungers, der Rechtlosigkeit und der Verzweiflung. Das Proletariat steht vor dem entscheidenden Kampf zwischen Besitzlosen und Besitzenden. Die Epoche, in der wir leben, ist die Epoche des verschärften Klassenkampfes. In diesem verschärften Klassenkampf alle Glieder der Arbeiterbewegung zu wahren revolutionären Körperschaften zu vereinen, ist heute Pflicht mehr denn je. Alle ehrlich denkenden Sozialisten wollen letzten Endes den Kommunismus herbeiführen, dazu ist schonungsloser Kampf gegen alle Gewalten, die sich diesem hehren Ziel entgegenstellen, nötig. Karl Marx sagt in seinem historischen Werk: „Das kommunistische Manifest": Das Ziel der politischen Parteien ist Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. — Dieser Satz verpflichtet die Arbeiter, die Diktatur des Proletariats als nächstes und wirkungsvollstes Ziel gegen die Feinde der Arbeiterklasse anzuwenden, verpflichtet alle Arbeiter dazu, auch die, welche ihre Haupttätigkeit nur in den nicht streng proletarischen Arbeiterorganisationen ausüben. Wenn zur Eroberung der politischen Macht jeder Zweig der Arbeiterbewegung seinen Teil beitragen soll, so bedingt das, daß sich die nicht streng politischen Arbeiterorganisationen **ideel, politisch, grundsätzlich auf den Boden der Diktatur des Proletariats stellen.**

Die Arbeitersportbewegung ist ein Glied der politischen Bewegung überhaupt. Ihre Gründer wollten vor drei Jahrzehnten einen scharfen Strich zwischen den Bürgerlichen und den sozialistisch denkenden Arbeitern ziehen. Die vor dem Weltkriege bestehenden Gesetze machten es — äußerlich wenigstens — unmöglich, politisch zu wirken. Der innere Kern war aber streng sozialistisch und auch bereit, in solchem Sinne zu handeln. Da in der augenblicklichen Epoche des verschärften Klassenkampfes es Lug und Trug und Heuchelei wäre, nicht offen und ehrlich die Ziele und Wege — gleichviel, welches Gliedes der Arbeiterbewegung — vor aller Welt zu bekennen, erklären die Arbeitersportler öffentlich und mit allem Nachdruck:

Wir Arbeitersportler pflegen die Leibesübungen um unserer Klasse willen, d. h. dem um seine Menschenrechte kämpfenden Proletariat an Körper und Geist gesunde Kämpfer zu erziehen. Da wir den Sport nicht etwa pflegen, um uns die Langeweile zu vertreiben oder um außergewöhnliche Muskelmenschen zu schaffen oder gar um Sportiferen — oder volkstümlich gesagt — Sportkanonen zu züchten, lehnen wir **jede äußere Dekoration ab.** Die Güte des Sportes bietet genügend Gewähr, daß jeder sporttreibende Arbeiter im Inneren befriedigt wird.

Die Mitarbeit an den von der bürgerlichen Gesellschaft geschaffenen Institutionen der Sportbewegung — wie die Hochschule für Leibesübungen, dem Reichssportausschuß u. a. m. — stellt zugleich eine Arbeitsgemeinschaft mit den Bürgerlichen dar. Da wir Todfeinde der bürgerlichen Gesellschaft sind, können die Arbeitersportler schon gemäß dieser Ueberzeugung nicht den Bund einer Arbeitsgemeinschaft mit diesen „Todfeinden" eingehen; **die Arbeitersportler lehnen diese Arbeitsgemeinschaft ab.**

Diese vorgenannten Leitsätze sind Richtschnur für alle auf dem Allgemeinen Deutschen Sportkongreß vertretenen Arbeitersportorganisationen.

Außerdem beantragen unsere Genossen, auf dem Kongreß eine Umänderung der von rechtssozialistischer Seite vorgeschlagenen Tagesordnung. Diese rechtssozialistische Tagesordnung ist aufgestellt, um einer grundsätzlichen Aussprache über Ziele und Wege der Arbeitersportbewegung auszuweichen. Es sind auf diesem Kongreß fünf rechtssozialistische Referenten vorgesehen und keiner von unseren Genossen. Unsere Genossen beantragen, auf die Tagesordnung zu setzen:

„Das Programm der Arbeitersportorganisation Deutschlands."

Es steht ferner auf der Tagesordnung die Sportinternationale, über die ebenfalls ein ausgefeimter Rechtssozialist sprechen will. Diese Internationale soll ein Ableger werden von der gelben Gewerkschaftsinternationale. Wir sehen also daraus, von welch hoher Bedeutung dieser Kongreß ist. Wir werden ersucht, alle nach dem Jenaer Kongreß delegierten Genossen aufzufordern, am Freitag den 14. Januar, abends 7 Uhr, im Jenaer Gewerkschaftshaus zu einer Vorbesprechung sich einzufinden. **Die gesamte Parteipresse wird um Abdruck gebeten.**

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Hans Bohla; für Anzeigen: Fritz Krob; Verlag: Produktiv-Genossenschaft e. G. m. b. H. für den Bezirk Halle-Merseburg, Abtlg. Verlag Klassenkampf. Druck Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210108-11/fragment/page=0003

Versammlungs-Anzeiger

Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands
(Sektion der 3. Internationale).

Halle und Saalkreis.

Sekretariat: Harz 42—44, Zimmer 23—24.
Wochentags geöffnet von 9—1 und 4—7 Uhr.
— Sonnabends nachmittags geschlossen. —
Fernsprecher 1473.

Oeffentliche Versammlung.

Petersberg.
Sonntag, den 9. Januar, nachm. 3 Uhr, im Gasthof Krause.
127 Der Vorstand.

Zeitz-Weißenfels-Naumburg.

Mitgliederversammlung.

Weißenfels.
Montag, den 10 Januar, im „Tivoli". Genossin Wackwitz spricht!
Durch die Schönlanker Kurie ist diese Versammlungsverlegung notwendig geworden
292) Der Vorstand.

Leipzigerstrasse 88. Fernruf 1224

Der grosse Detektiv-Schlager
Der Mord ohne Täter.
Eine nicht alltägliche Geschichte in 5 Akten.
Hauptdarsteller:
Herm. Vallentin, Henry Bender, Fritz Schulz, Hanni Weisse.
Vorführ.: 4.40 6.50 9.00.

Arnold Rieck in dem Lust-piel
„Der Viererzug"
Die Tragödie einer Liebe.
Tricklustspiel in 1 Akt
Die neuest. Wochenberichte
Beginn Sonntags 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr.

Alte Promenade 11a. Fernruf 5738.

Lia Mara 117 in
„Kri-Kri", die Herzogin von Terabat.
Ein himmlisches Lustspiel in 5 Akten.
Kri-Kri spielt Lia Mara ausgelassen mit Geschmack, tanzlustig, fesch, keck, dreist. Ein Lustspiel im Stile der
Austernprinzessin.
Vorführ.: 4.30 6.40 9.00.

Margarete Neff in dem Drama
Armer kleiner Pierrot
nach der gleichnamigen Novelle von Joseta Metz.
Von Schreibtisch und Werkstatt.
Beginn: Sonntags 3 Uhr Wochentags 4 Uhr

Wochentags bis 5 Uhr kleine Preise bei vollem Programm.

Bettnässen Befreiung sofort. Alter u. Geschlecht angeb. Ausk. umsonst. Versandhaus Urania München B. 281, Wolfherstr. 38.

Reparaturen an **Uhren** sowie Gold- und Silbersachen und Schmucksachen übernimmt bei solider Ausführg. zu normal. Preisen.
H. Lerner, Uhren-Reparatur-Werkstatt, Gr. Steinstrasse 85. (gegenüb. Bartüberstr.)

Gummi-waren-Versand. Liste Nr. 9 einfordern. **F. Kertzscher,** Leipziger Str. 46 (Poststr.). 101

Frauen Ehe Sie b. Menstruationsstörungen and. Mittel versuchen, wenden Sie sich vertrauensvoll an uns u. verlangen sofort unser **Menselin-Sortiment!** welches, auf Grund langjähriger Erfahrungen zusammengestellt, sich hervorragend bewährt, was tägliche Dankschreiben bezeugen. Garantiert unschädlich. Auch Sie werden zufrieden sein! Diskr. Versand z. Preise von Mk. 2.5,—, Porto u. Verpack. extra, nur durch Nachnahme od. Voreinsendung. *43 Laboratorium Kosmetikum, Berlin-Friedenau, B. 96.

WALHALLA-LICHTSPIEL-THEATER

Täglich:

Der nervenspannende Kampf gegen das **internat. Hochstaplertum!**
Ein Kolossal-Sensationsfilm in 6 Teilen
(10 Episoden in 31 Akten)
6 Wochen fortlaufend.
1. Teil!
1. Episode: Der Kopf des Opfers.
2. Episode: Der Todesring
3. Episode: Die rote Geheimschrift
Vorführung:
4.00 6.35 9.00 Uhr

Ferner:
Müches Stallpuppe!!
Lustspiel in 3 Akten. 134
Die neueste Wochenschau!

DEUTSCHER METALLARBEITER VERBAND
HALLE a. S. FERNRUF 1726 — HARZ 42/44 No 1726 — BÜROZEIT 11-1 u. 4-6 — SONNABEND 9-2

Achtung, Metallarbeiter!
Sonntag, den 9. Januar, vormittags 9 Uhr, im „Volkspark": 98

Wichtige Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Die wirtschaftliche Lage und die Forderungen der Stuttgarter Metallarbeiter. (Ref. Kollege Paul Weyer). 2. Diskussion. 3. Wahl des 1. Bevollmächtigten. 4. Kassenbericht.
Bei der außerordentlichen Wichtigkeit dieser Versammlung ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. **Die Ortsverwaltung.**

Pickel, Mitesser *38 verschwinden durch einfach. Mittel. Auskunft kostenlos. Frau M. Polonie, Hannover, B. 131 Schließfach 106.

Handels- u. Transportarbeiter!
Dienstag, den 11. Januar, abends 1/2 8 Uhr, im „Volkspark": 97

Versammlung.

Tagesordnung:
Bericht über die Lohnverhandlungen und den Spruch des Schlichtungsausschusses.
Alle Mitglieder aus dem Groß- und Kleinhandel aus den Eisen-, Holz- und Kohlengeschäften, ferner aus der Speditions-, Fuhrwerks- u. Möbeltransportbranche, Hafenbetrieben, Lagereien, Brotfabriken und den Fensterreinigungs- und Letternerüstbauunternehmen müssen vollzählig erscheinen! — Ohne Legitimation kein Zutritt! —
Die Verbandsleitung d. Deutsch. Transportarbeiterverbandes.

Kein Enden!
Schuhwaren für Damen, Herren und Kinder,
Filzwaren zu billigsten Preisen.
W. Horn, Magdeburger Straße 5, Hof pt. 2

Alle Parteischriften empf. d. Volksbuchhandlung.

Därme zum Hausschlachten kauft man am billigsten bei 109
Gust. Paproth, Halle (S.), Kl. Hirschstr. 1, part., kein Lad. **Darmhandlung.** Tel. ph. 2724.

Bettnäß-Uekel wird nach altbewährt. einfacher Methode schnellstens beseitigt. Auskunft umsonst nach Angabe von Alter und Geschlecht von Dr. med. Th. Eisenbach, *39 München A 38, Postfach München 13.

Kräfzurcan heilt in 2 Tag. entsetzl. Rettbautjucken, Brennbstörung. 1000000 fach bewährt. Mäß. Preise. Personenz. angeb. **Sprocdt,** Bochum 198.

Holzpantoffeln Pantoffelhölzer gut und billig 106
Max Fricke, Trotheer Str. 69. Telephon 3385. Für Wiederverkäufer beste und leistungsfähigste Bezugsquelle.

Bettnässen *47 Befreiung garant. sofort. Alter u. Geschlecht angeb. Auskunft umsonst. Versandhaus Westfalia, Erkenschwick (Westf.) 91.

Priv.-Tanzunterricht ert. ungenert zu jeder Zeit Fr. Schulze, Eichendorffstr. 5

Tätowierungen, Warzen u. Muttermale entfernt peißlich unter voller Garantie **Halfter,** Albrechtstr. 46, I. (Gde. Geiststr.) Sprechzeit tägl. 2—6 Uhr Sonntags keine. 11

Verkaufe meine Praxis für Halle und Umg. wegen mißlicher Wohnungsverhältn.

Ansichtskarten empfiehlt Volksbuchhandlung, Harz 42|44.

Der Sturm

auf unseren

Inventur-Ausverkauf

16 ein Beweis für die riesigen Vorteile, die wir während dieser grossen Ausverkaufs-Veranstaltung bieten

Montag = Dienstag 4 Extra-Verkaufstage 4 Mittwoch = Donnerstag

nachstehende besonders vorteilhafte Extra-Angebote:

Herr.-Hosenträger z. Aussuchen Inv.-Pr. **.25** | **Kronen-Kerzen** statt 1.35 Inventur-Preis **1.20**

Kostümstoff schwarz, marine und schöne Schottenmust., ca 130 cm breit Inventur-Preis . . . . . Meter **29.75**

Kleiderstoff reine Wolle, Cheviot-Bindung, ca 110 cm breit, in modernen Streifen-Mustern Inventur-Preis . . . . . Meter **78.00**

Lindener-Samt Köper-Ware ca 70 cm breit, f. Kleid. u. Kostüm, schw., marine, lila, grün, braun taupe, buchenr. I.-Pr. Mtr **79.00**

Blusenschürzen aus guten Stoffen, zum Aussuchen, Inventur-Preis . . . . . Stück **34.75** **29.75**

Unser
Seifen-Massen-Verkauf
zu Ausverkaufs-Preisen
dauert fort:

Reine Kernseife . . . . . Stück	2.75
Wasch-Kernseife . . . . . Doppelstück 5,30	4.40
Blumenseife in verschiedenen Gerüchen . . . Stück	1.95
Lanolin-Blumen-Seife . . . . . „	2.25
Feine Blumen-Seife verschiedene Gerüche, „	2.75
Reine Feinseife 100-Gramm-Stück	2.95
Lanolin-Ei-Seife	3.75
Apotheker-Doering-Seife	3.75
Badeseife große, runde Stücke	5.00

Wir haben unser
gesamtes Schuhwaren-Lager
ganz gewaltig im Preise herabgesetzt
und verkaufen zu
Inventur-Ausverkaufspreisen

1 Posten	Damenstiefel mit und ohne Lackkappe Paar 150,00 125,00	95.00
1 Posten	Herren-u. Burschenstiefel Paar 175,00 150,00	125.00
1 Posten	Damen-Schnürschuhe . . Paar 95,00	75.00
1 Posten	Damen-Spangenschuhe darunter ganz eleg. mit Lack Paar 150,00 95,00	75.00
1 Posten	Kinderstiefel Gr. 18/22 Paar 35,00 30,00	17.50
1 Posten	Kinderstiefel Gr. 31/35 95.00 Gr. 27/30 Paar	75.00
1 Posten	Segeltuchstiefel mit Ledersohle Gr. 31/35 46.00 Gr. 27/30 Paar	38.00
1 Posten	Damen-Hausschuhe . . . Paar 15,00	12.00
1 Posten	Kinder-Filzschuhe . . . . . Paar	12.00

Einzelne Paare
Damen-, Herren- und Kinder-Stiefel
zum Teil bis um die Hälfte
im Preise herabgesetzt.

Nussbaum

Henkels Bleichsoda Inventur-Preis, Paket . **1.45** | **Scheuertücher** Starke Qual., Inv.-Pr. St. **2.25**

Hemdentuch Inventur-Preis . . . . . Meter **10.75**

Dirndl-Musselin entzückend schöne Muster, Inventur-Preis . . Meter **14.75**

Kleiderbarchent in schönen, dunklen Mustern, Inventur-Preis . . Meter **15.75**

Stores 3 m lang, gute Qualität, schöne Muster, Inv.-Pr., Stück **72.00**

Einen Restbestand von
Offenbacher-Lederwaren
teilweise mit kleinen, kaum sichtbaren Fehlern.
Einige Beispiele:

Portemonnaies, Leder 20,00 16,00	9.00
Lack-Handtaschen	14.50
Mod. Handtaschen, Leder	50.00
Gr. Handtaschen, mod. Form, versch. Led. 110,00	95.00
Leder-Handtaschen, große elegante Form . . .	150.00
Besuchstaschen in versch. Lederarten . . 95,00	75.00
Lackleder-Besuchstaschen, mod. eleg. Form	125.00

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210108-11/fragment/page=0004

Nr. 6. — 1. Jahrgang. **1. Beilage zum Klassenkampf.** Halle (Saale), 8. Januar 1921.

Der Kommunismus in der französischen Kammer.

Wir bringen nachstehend einen Auszug aus der französischen Kammerdebatte, die sich mit Klara Zetkin und der bolschewistischen Propaganda beschäftigte, nach dem offiziellen Protokoll im „Journal offiziel“.

Abg. Ballat: Vor einigen Tagen verweigerte die Regierung mehreren deutschen Revolutionären, unter anderem der bekannten Propagandistin, Bürgerin Klara Zetkin, die Pässe. Gestern trug das offizielle Blatt der sozialistischen Partei die folgende Schreizeile:

Der Polizei zum Spott erscheint Klara Zetkin in Tours.

(Beifall auf der äußersten Linken. — Zwischenrufe und Unterbrechungen im Zentrum und rechts.) Klara Zetkin ist entgegen den getroffenen Anweisungen nach Frankreich gelangt. Die Soldaten Frankreichs haben die „Bertas“ (deutsche 42-Zentimeter-Geschütze) zum Schweigen gebracht. Es ist Sache der Regierung der Republik, auch den Mund Klara Zetkins zu stopfen. (Stürmischer Beifall rechts und im Zentrum.)

Der Minister des Innern Steeg: Ich kann nicht zulassen, daß Fremde, und zumal Deutsche, zu uns kommen, um für den Bürgerkrieg Propaganda zu machen, wenn schon gewisse unserer Mitbürger sich nicht vor dieser schmählichen Aufgabe scheuen. Am Dienstagabend um 5 Uhr betrat Klara Zetkin den Saal des Kongresses von Tours, begleitet von einigen Teilnehmern der Versammlung. Die Türen wurden unverzüglich hinter ihr geschlossen, und sie hielt eine Ansprache, die zu hören trotz allem nicht wertlos war, denn sie beweist, daß die bolschewistische Propaganda auf verschiedenen Wegen geht.

Einer dieser Wege führt zweifellos über Berlin.

(Lebhafter Beifall links, im Zentrum und rechts.) Die Delegierte der germano-bolschewistischen revolutionären Firma hat den Vertrag von Versailles, den sie einen Frieden von Eisen und Blut nannte, verdammt, und es ist traurig, zu denken, daß französische Zuhörer, vergessend des Ueberfalls von 1914 (lebhafter Beifall), solchen Reden Beifall gespendet haben; zwar nicht mit Enthusiasmus, aber mit Resignation . . .

Zwischenruf des Abg. Cachin: Doch, doch mit Enthusiasmus . . . (Stürmische Pfuirufe im ganzen Hause.)

Ein Abg. ruft: Boche! Boche! Boche! — Stimmen: Werft ihn hinaus! Zensur!

Der Kammerpräsident: Sie verletzten das patriotische Gefühl der Versammlung durch Worte, die französische Ohren nicht hören sollen. Ich rufe Sie zur Ordnung.

Der Minister des Innern (fortfahrend): Die Regierung kann nicht dulden, daß auf französischem Boden eine Propaganda geduldet wird, die sich auf Illegalität, Korruption und Terror gründet. (Beifall.) Die Regierung wird alle Waffen anwenden, über die sie verfügt, und sie wird nicht zögern, von Ihnen diejenigen zu verlangen, die ihr notwendig erscheinen werden. (Sehr gut, sehr gut!) Ich lege beim Bureau der Kammer einen von der Regierung des Herrn Clemenceau vorbereiteten Gesetzesvorschlag nieder, der Strafen für die Ausländer anordnet, die ohne reguläre Erlaubnis Frankreich betreten.

Unser Liberalismus bleibt, aber er geht nicht so weit,

den Ausländern die Freiheit zu geben, die Ordnung umzustürzen, zum Bürgerkrieg zu hetzen, die Grundlagen eines Vaterlandes voll Ruhe, Intelligenz und Menschlichkeit zu unterwühlen. (Beifall im ganzen Hause.)

Abg. Cachin (Soz.): **Herr Steeg hat Klara Zetkin angeklagt,** als Alldeutsche gesprochen zu haben. Ich bin erstaunt, daß eine solche Behauptung hier vorgebracht und beklatscht werden kann, obwohl die Alldeutschen Rosa Luxemburg ermordet haben, die ebenso wie Klara Zetkin gegen die Verbrechen des Kaisers seit 1914 protestiert hat . . .

Abg. Galli: **Sie hat gegen den Friedensvertrag protestiert.**

Abg. Cachin: Sie hat dagegen protestiert, daß gegenwärtig die deutsche Bourgeoisie ebenso reich ist, wie vor dem Kriege, während die Arbeiterklasse verhungert. Haben Sie den deutschen Schiebern die Pässe verweigert, die auf beiden Seiten der Grenze ihre Geschäfte machen?

Abg. Galli: Sie kommt, den Bürgerkrieg bei uns zu predigen!

Abg. Cachin: Sie macht die Propaganda, die sie zu machen hat. Jawohl, Klara Zetkin ist gekommen, uns ihren brüderlichen Gruß zu überbringen. Ich beuge mich mit Ehrfurcht und Bewunderung vor dieser alten Frau von 70 Jahren, die in ihrem revolutionären Elan alle Grenzen zu überschreiten wußte. (Beifall auf der äußersten Linken, Lärm auf den übrigen Bänken. Ein Abg. ruft: „Sie verbeugen sich vor Lenin!“)

Abg. Cachin: Ich habe für Lenin die größte Bewunderung. (Große, langandauernde Unruhe im ganzen Hause, ein Zwischenruf: „Lenin ließ 800 000 Franzosen töten.“ Gelächter auf der äußersten Linken.)

Die Regierung verweigert weder Herrn Stinnes noch andern **deutschen Großindustriellen, die in großer Anzahl nach Frankreich kommen,**

die Pässe. Gleich nach Kriegsende haben ihre Geschäfte in voller Freiheit wieder begonnen, die Regierung und die Kapitalisten Frankreichs machen seit langem mit ihnen Geschäfte.

Ich kann zum Schluß sagen, daß, wenn Sie die wenigen legalen Garantien, die uns noch bleiben, aufheben wollen, Ihre Ausnahmemaßregeln steigern wollen, daß wir uns dann der legalen Garantien bedienen werden, so lange wie Sie sie uns lassen; und dann, wenn Sie die Arbeiter dieses Landes beraubt haben werden, dann werden wir unser Möglichstes tun, um unsere Propaganda fortzusetzen mit allen Mitteln, die in unserer Macht stehen. (Zwischenrufe und Protestkundgebungen auf verschiedenen Bänken. Ein Abg.: „Dieses Geständnis sollte man sich merken.“ „Das bedeutet die Revolution in kurzer Zeit!“)

Abg. Cachin: Wenn man wie diese Frau den Glauben hat, überwindet man alle Widerstände, die immer erfolgloser von den Ministern und Polizeibehörden in Frankreich und Deutschland und anderswo aufgerichtet werden. (Beifall auf der äußersten Linken, Lärm rechts.)

Der Minister des Innern: Wir kennen die Propaganda der feindlichen Agenten. Wir werden sie ausweisen und die Einfuhr von Broschüren nach Frankreich verhindern.

Die Rede des Herrn Cachin ist eine Herausforderung an die Regierung. Unsere Engergie wird auf der Höhe seiner Kühnheit sein. (Beifall.) Wenn wir den Feldzug der Freunde des Herrn Cachin sich entwickeln ließen, hätte der Sieg Frankreichs bald gebrochene Flügel.

Die Kammer spricht dem Minister des Innern mit 451 gegen 54 Stimmen das Vertrauen aus und geht zur Tagesordnung über.

Aus dem Saalkreis.

Lochau. In der Gemeindevertretersitzung am 4. Januar fand die leidige Wasserfrage ihre Behandlung. Es soll an die Riebeck'schen Montanwerke eine beschriftete Eingabe gerichtet werden. Beschlossen wurde die Erhebung einer 100proz. Wertzuwachssteuer. Die Entschädigung für den Gemeindevorsteherposten ist auf 8000 Mark erhöht worden. In Verschiedenen wurden noch einige Nachträge zur Grundsteuer beschlossen und zum Schluß eine Armensache behandelt.

Ammendorf, Ortskartell: Sitzung am Montag abend 8 Uhr in der „Eiche“.

Osmünde. Auf das morgen, Sonntag, abend 1/28 Uhr in Koltschs Gasthof zur Aufführung gelangende Volksschauspiel „Die Internationale“ sei nochmals hingewiesen. Das Arbeitersängerchor hat seine Mitwirkung zugesagt. Für Arbeitslose und Mitglieder der Kommunistischen Jugend beträgt der ermäßigte Eintrittspreis 1,50 Mark.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 8. Januar 1921.

Der „Klassenkampf“

hat die Aufgabe, durch prinzipielle Stellungnahme zu allen Tagesfragen die wirtschaftlichen und politischen Aktionen der Arbeiterklasse richtunggebend zu beeinflussen. Durch Besprechung der kommunistischen Grundsätze und Taktik im Zusammenhang mit den konkreten Situationen und durch Zerstörung der Lügenmeldungen der bürgerlichen und menschewistischen Presse, gibt er den Genossen das Rüstzeug zu ihrer propagandistischen Tätigkeit in den Fabriken, Werkstätten und Versammlungen.

Der „Klassenkampf“ berücksichtigt besonders die Vorgänge im Wirtschaftsleben und in den Gewerkschaften. Damit werden der

Auf zur Gewerbegerichtswahl!

Morgen, Sonntag, den 9. Januar, findet die Gewerbegerichtswahl statt. Jede Stimme ist nötig, da Verhältniswahl stattfindet und die christlichnationalen Gewerkschaften ebenfalls eine Liste aufgestellt haben. Für freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter kann nur die vom Gewerkschaftskartell aufgestellte Liste 2, beginnend mit dem Namen

Franz Möbius,

in Frage kommen. Die Wahl der Arbeiterbeisitzer findet von vorm. 8 Uhr bis nachm. 1 1/2 Uhr in den bereits bekanntgegebenen Wahllokalen statt.

Die Wahl der Unternehmerbeisitzer findet ebenfalls am Sonntag statt und zwar nachmittags von 4 bis 6 Uhr in denselben Wahllokalen. Die für die Unternehmerwahlen vom Kartell der freien Gewerkschaften aufgestellte Liste beginnt mit dem Namen

Wilhelm Hinsche.

Arbeiterklasse die geistigen Waffen geliefert zum Kampfe gegen die wirtschaftlichen Machthaber und gegen die sozialdemokratisch-unabhängige Gewerkschaftsbureaukratie.

Die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe werden in den nächsten Wochen und Monaten die größten Forderungen an den zielklaren revolutionären Willen der proletarischen Massen stellen. Es ist daher die Pflicht jedes einzelnen Genossen, durch Verbreitung der kommunistischen Presse den erfolgreichen Ausgang dieser Kämpfe vorzubereiten. Je größer der Verbreitungskreis des „Klassenkampfes“ ist, je mehr Arbeiter wir regelmäßig durch die Presse im kommunistischen Sinne beeinflussen können, um so einheitlicher, zielbewußter und siegreicher können die revolutionären Aktionen durchgeführt werden.

Genossen, wollt Ihr, daß die künftigen Aktionen von Erfolg gekrönt sind, dann sorgt für die weiteste Verbreitung des „Klassenkampfes“! Durch den Vertrieb unserer kommunistischen Tageszeitung in den Betrieben und Versammlungen, auf den Straßen und in öffentlichen Lokalen, sowie durch Hausagitation müssen unermüdlich neue Leser gewonnen werden. Je größer die Zahl der Abonnenten wird, desto fester steht Euer neues Unternehmen, die Produktivgenossenschaft, da.

An die Arbeit, Genossen! Wirkt mit aller Kraft für weiteste Verbreitung des „Klassenkampfes“, damit die kommunistischen Grundsätze und Taktik bis in die entlegensten Wohnungen der Arbeitenden bekannt werden, damit die Indifferenten aus ihrer Lethargie gerissen werden und endlich die revolutionären Aktionen des Proletariats zum Siege des Kommunismus führen.

Sorgt dafür, daß der heutige erste kommunistische Samstag ein voller Erfolg wird für

unseren „Klassenkampf“!

Er kann verhungern!

Wir haben uns wiederholt im „Volksblatt“ mit der Not der mittleren und unteren Beamten beschäftigt und sind dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß die Beamten zum großen Teil daran schuld sind, wenn sie in einer solch traurigen Lage leben. Sehen doch die meisten Beamten untätig und passiv der Entwicklung der Verhältnisse zu und sind zufrieden, wenn sie gerade auskommen.

Eine besondere Kategorie der Beamtenschaft sind die Lehrer. Und Halle hat wiederum ganz besondere Lehrer. Wer die Arbeit unserer Elternbeiräte verfolgt hat, der weiß, welche Schwierigkeiten die hiesige Lehrerschaft mit wenigen Ausnahmen jedem fortschrittlichen Gedanken gemacht hat. Man kann hier die Lehrer zählen, die mit der überkommenen, leblosen Ideologie gebrochen haben und sich aus rein wirtschaftlichem Denken an die Seite des Proletariats stellen. Der Gedanke der Internationale stößt sie vor allen Dingen vom Fabrikproletariat zurück. Sie segeln noch immer munter im nationalistischen Fahrwasser und versuchen die ihnen anvertrauten Proletarierkinder im monarchistischen Geist zu erziehen. Ueber ihre trostlosen wirtschaftlichen Verhältnisse suchen sie krampfhaft ein nationales Mäntelchen auszubreiten, und wenn es einmal ins Rutschen kommt, dann wird es durch ein dreifaches Hoch auf das liebe deutsche Vaterland wieder geradegezogen

Folgender unglaubliche Fall, der uns von einwandfreier Quelle mitgeteilt wird, beleuchtet so recht das Elend, das zum Teil auch in der Lehrerschaft einzieht. Gleichzeitig zeigt es aber auch, daß dies nur infolge Mangels an gewerkschaftlicher Organisation und an Solidaritätsgefühl möglich ist:

Ein 25jähriger Lehrer der Taubenschule, der seit 17 Monaten in Halle angestellt ist und ein Monatseinkommen von 585 Mk. bezog, mit dem er auch noch seine alte Mutter ernähren mußte, erhielt **plötzlich vor Weihnachten, als alle Beamten ihr Januargehalt** vorausbezahlt bekamen, nichts. Das Stadtschulamt hatte ihn nämlich aufgefordert, er solle an die Stadtkasse sofort 2000 Mk. zurückbezahlen, die er für Familienunterstützung im Laufe der 17 Monate zuviel erhalten hatte. Da er dazu nicht in der Lage war, wurde ihm ohne weiteres sein Gehalt auf drei Monate gesperrt. Obwohl er beim Stadtschulamt den Vorschlag machte, er wolle die 2000 Mk. in Raten zu 100 Mk. zurückzahlen, wurde er abgewiesen. Auch der deutschnationale Stadtschulrat Brendel hatte nur ein Achselzucken für ihn übrig. Er ging mit seiner Beschwerde bis zum Oberpräsidium. Aber auch dort hatte man nicht soviel Einsicht, daß der Lehrer nicht mit leerem Magen seine Kinder unterrichten kann. Daß er eine alte Mutter noch miternähren muß, ist natürlich ohne Belang. Alte Leute können ja sterben! Es gibt sowieso zuviel Menschen in Deutschland. Unterdessen kam der Januar. Unser Lehrer hielt Schule — bekam aber kein Geld. Er mußte Kleider und Wäsche verkaufen, nur um sein Leben fristen zu können. Und wenn er bis zum März nichts mehr zu verkaufen hat, dann — kann er verhungern.

Er hat dann wenigstens den einen Trost, daß ihm seine Kollegen einen Kranz mit schwarzweißroter Schleife stiften werden. Ob Herr Rektor Saupe, der soziale Vorgesetzte des Lehrers, die Grabrede halten darf, ist noch fraglich — da er „Demokrat“ ist.

Auf der Suche nach neuen Steuern.

Vor einigen Tagen erst konnten wir unseren Genossen Ergötzliches von der Steuersuche des Magistrats berichten. Nun ist man auf einen neuen Einfall gekommen. Die Stadt braucht eben Geld, und nachdem die Besteuerung des reichssteuerfreien Einkommens nicht die gewünschten 7 Millionen einbringt, will man jetzt unsere Stadt neben der Hausaufwandsteuer auch noch mit einer Fremdensteuer beglücken.

Die Fremdensteuer soll von allen Ortsfremden, die bei ihrer Durch- oder Zureise in einem hiesigen Gasthof, Hotel, Sanatorium, möbliertem Zimmer usw. übernachten, erhoben werden. Die Dauer des Aufenthaltes darf jedoch nicht 6 Wochen übersteigen und der Preis der einzelnen Uebernachtung nicht weniger als 8 Mk. betragen. Die Steuer soll 10 Proz. der für die Benutzung der Räume und Schlafgelegenheit zu zahlenden Vergütung betragen. Der Gastgeber ist verpflichtet, die Steuer von den Fremden zu erheben, und sie dann an die Stadtgemeinde abzuführen. Dabei soll er für alle etwaigen Unregelmäßigkeiten, die durch nicht eingetragene Steuern entstehen, verantwortlich gemacht werden. Der Wohnungsbesitzer (Hotelier, Gastwirt usw.) muß täglich an die betreffende Steuerabteilung Mitteilung machen, wieviel Gäste er beherbergt hat. Die Steuer wird also für die Gastwirtschaften derartige Laufereien, Aergernisse usw. mit sich bringen, daß ihnen die Augen übergehen.

Unsere Parteigenossen werden natürlich auch gegen diese Steuer Front machen, denn sie ist ja ganz besonders dazu geeignet, den Fremdenverkehr völlig zu unterbinden und jede Freizügigkeit lahmzulegen. Anstatt, daß man Mittel und Wege findet, den Fremdenverkehr zu heben, legt man ihm Fesseln an und versucht, ihn zu erdrosseln. Innerhalb der heutigen bürgerlichen Gesellschaftsordnung zeigen sich eben immer mehr Widersprüche, die von Tag zu Tag zunehmen, je näher die Auflösung dieser Gesellschaft kommt. Außerdem darf bei dieser Steuer nicht vergessen werden, daß sie selbstverständlich nur auf die Fremden abgewälzt wird; denn die Gastwirtschaften und Hotels werden eben die Preise für die einzelnen Zimmer dementsprechend erhöhen. Aus all diesen Gründen ist es gerechtfertigt, wenn unsere Genossen diese neue Steuerspitzfindigkeit ablehnen.

Aufruf!

An die Hallischen Metallarbeiter!

Im Anfang Dezember vorigen Jahres traten in Leipzig 16 000 Metallarbeiter in Streik. Das außerordentlich brutale Vorgehen der Leipziger Metallindustriellen zwang sie dazu. In der teuren Stadt Leipzig sind die Löhne der dortigen Metallarbeiter so niedrig, daß sie kaum ihr Leben fristen können. Die Unternehmer wollen auch die wenigen Rechte der Betriebsräte noch beschneiden. Sie wollen weiter die Arbeitszeit verlängern; Maßregelungen sollen in erheblicher Menge vorgenommen werden. Ein Teil der Leipziger Metallindustriellen hat sich bereits mit der Kollegenschaft geeinigt. Trotz Schiedsspruches des Schlichtungsausschusses, den unsere Kollegen angenommen haben, weigern sich die Unternehmer, sich diesem Schiedsspruch zu unterwerfen. Es befinden sich augenblicklich noch 33 Betriebe mit ungefähr 8000 Kollegen im Ausstand. Bei dem heutigen Wert des Geldes reicht bei weitem die Streikunterstützung und der Lokalzuschlag nicht aus, daß sich die Streikenden auch nur einigermaßen über Wasser halten könnten. Da dieser Streik weit über den Rahmen Leipzigs hinaus von großer Bedeutung ist — berufen sich doch die Hallischen Metallindustriellen immer auf Leipzig — macht es sich notwendig, die Streikenden mit allen Mitteln zu unterstützen.

Die stark besuchte Funktionärkonferenz unserer Verwaltung hat einmütig beschlossen, Sammellisten für die Leipziger Kollegen herauszubringen. Wir ersuchen die gesamte Metallarbeiterschaft Halles, mit aller Kraft die Leipziger Kollegen in ihrem Kampf zu unterstützen.

Übt Solidarität!

Die Ortsverwaltung. J. A.: Weyer

---

* **Betriebsrätekursus.** Rechnen und Buchführung beginnt am Montag, dem 10. Januar.

* **Achtung!** Der Moralunterricht beginnt für alle drei Abteilungen morgen, Sonntag, vormittag 10 Uhr pünktlich. Die Eltern wollen dies beachten!

* **Alle rednerisch befähigten Genossen,** welche bei den nächsten Wahlkämpfen für die Partei tätig sein wollen, müssen sich morgen, Sonntag, früh 9 Uhr, im „Volkspark“ (Kolonnade) zum Kursus melden. — Die Bezirksleitung.

Holzarbeiter, die auf dem Boden der 3. Internationale stehen, treffen sich am Montag, dem 10. Januar, abends 1/28 Uhr, in „Wilsdorffs Gesellschaftshaus“, Karlstraße. Parteibuch dient als Ausweis.

* **Proletarische Feierstunden.** Nach der angestrengten Parteiarbeit jedes Mitgliedes am kommunistischen Samstag werden sich die Genossinnen und Genossen am Sonntagmorgen besonders gern zu gemeinschaftlicher Erbauung zusammenfinden. Der Arbeiter-Bildungsausschuß wird vom Sonntag, dem 9. Januar, an künstlerische Morgenfeiern möglichst regelmäßig veranstalten. An den Genossen und Genossinnen Halles liegt es, nun diese Pläne des Arbeiter-Bildungsausschusses durch starken Besuch zu unterstützen und zu fördern. Dann ist der A. B. A. auch in der Lage, wirklich Gutes zu bieten, und den Kampf gegen die Kino- und Kabarettseuche mit Erfolg aufzunehmen. Am Sonntagmorgen, dem 9. Januar, 11 Uhr, findet die letzte Aufführung des Volksschauspiels „Die Internationale“ statt.

* **Am „Volkspark“-Büfett** hat der Arbeiter-Bildungsausschuß dauernden Kartenvorverkauf für seine Veranstaltungen eingerichtet. Die Vorverkaufsstelle im Zigarrengeschäft Spengler, Geiststraße 5, bleibt bestehen. Arbeitslose und Mitglieder der Kommunistischen Jugend zahlen ermäßigte Eintrittspreise; für die nächsten Veranstaltungen am Sonntag, dem 9. Januar, 11 Uhr, „Die Internationale“, und Dienstag, den 11. Januar, „Hoffmanns Rote Sänger“, 1,50 Mk. Für die mit dem Vertrieb von Karten beauftragten Betriebsvertrauensleute ist Abrechnung Sonntag, den 9. Januar, 1/211 Uhr, im „Volkspark“.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210108-11/fragment/page=0005
DFG

Mit 4 Prozent wird Dein Geld in der Produktiv-Genossenschaft, e. G. m. b. H., für den Bezirk Halle-Merseburg verzinst. Zeichne schnell einen Anteil, denn es ist die beste u. sicherste Anlage. Im Parteisekretariat, Harz 42|44, Zimmer 23, liegen die Anteilscheine aus.

* **Gegen den Flensburger Arbeitermord** protestierte am Freitagabend im überfüllten großen „Volkspark"-Saale die Hallische Arbeiterschaft. In der eindrucksvollen Kundgebung nahm Genosse Kilian Stellung gegen das blutige Ereignis, das zwar nur ein Glied in einer langen Kette ist, aber doch aufs neue die zynische Brutalität der deutschen Konterrevolution offenbart. Es ist das Wesen kommunistischer Proteste, daß sie sich nicht mit Anklagen begnügen, sondern den tieferen Ursachen nachzugehen versuchen, um die daraus sich ergebenden Schlußfolgerungen zu ziehen. So verfuhr gestern auch Genossen Kilian in seinen Ausführungen, die in der Versammlung starken Beifall fanden. Er zeigte an der Hand der Ereignisse in Flensburg das ganze Dilemma, in dem sich das gegenwärtige Deutschland befindet. Der Mord in Flensburg entspricht durchaus der Tradition der deutschen Konterrevolution, die mit der Ermordung Liebknechts, Luxemburg, Jogisches und anderen begann, und sich inzwischen nur insofern verändert hat, als die deutsche Reaktion gegenwärtig in der Regel mit Einzelmorden beginnt, um so den Anlaß zu geben, einen Massenmord zu inszenieren. Scharf brandmarkte Redner in seinen Ausführungen das Verhalten der Sozialdemokraten, die sich immer mehr als willfähigere Glieder der bürgerlichen Gesellschaft und als Helfershelfer der Reaktion entpuppen. Besonders charakteristisch sei die Haltung der Unabhängigen in vorliegendem Fall. Obwohl selbst der berüchtigte „Vorwärts" aktenmäßig zugeben muß, daß die Schuld an dem Flensburger Blutvergießen auf den Major Plüskow fällt, haben sich die Unabhängigen dennoch mit den Rechtssozialisten an einen Tisch gesetzt und in einer der üblichen „Verhandlungen" dokumentiert, daß sie die Schuld auf die Kommunisten abwälzen. Es zeigt sich, um mit den Worten des Genossen Kilian zu sprechen, wie die, **die einmal auf die schiefe Bahn geraten sind, immer mehr in den Sumpf hineingelangen, weil ihr ledigliches Parteiinteresse sie sogar dazu verleitet, die widerwärtigste Geschichtsverfälschung vorzunehmen,** um die Kommunistische Partei zu begeifern. In besonders markiger und anfeuernder Weise wies noch der Genosse Muschka darauf hin, daß es jetzt an der Zeit sei, der Regierung zu zeigen, daß das deutsche Proletariat nicht mehr gewillt ist, auf solche Schandtaten nur mit papiernen Protesten zu reagieren.

* **12. Distrikt.** Heute abend 7 Uhr bei Thade, Berliner Straße: Distriktsversammlung. Neueinteilung der Mitglieder für die kommunistischen Samstage. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

* **Stadttheater.** Heute, Sonnabend, abend 8 Uhr wird „Das Wandbild" wiederholt; vorher: Plastische Tänze von Hedwig Nottebohm. Sonntag nachmittag 3 Uhr, Weihnachtsmärchen-Vorstellung bei volkstümlichen Preisen: „Die Mäusekönigin". Sonntag abend 7½ Uhr: „Fidelio". Montag 7½ Uhr: „Der fidele Bauer". Dienstag: „Die Gezeichneten". Mittwoch: „Das Wandbild"; vorher: Plastische Tänze von Hedwig Nottebohm. Am Donnerstag wird der Zyklus „Das klassische Lustspiel der Weltliteratur" mit der Erstaufführung von Aristophanes' „Lysistrata" eröffnet. Freitag nachmittag: „Die Mäusekönigin". Freitag abend: „Martha". Sonnabend nachmittag: „Mäusekönigin". Sonnabend abend: „Fidelio".

* **Im Thalia-Theater** gelangt am Sonntag, dem 9. Januar, abends 7½ Uhr, Gerhart Hauptmanns Komödie „Der Biberpelz" zur Aufführung.

* **Freie Volksbühne Halle.** 2. Werk: „Stützen der Gesellschaft". D: Sonnabend, 8. Januar. E: Montag, 10. Januar. F: Dienstag, 11. Januar. G: Freitag, 14. Januar. Die Karten für die 3., 4. und 5. Vorstellung müssen bis zum 23. Januar in den Zahlstellen eingelöst werden.

* **Apollo-Theater.** Die außerordentliche Zugkraft der Operette „Der letzte Walzer" hält unvermindert an. „Der letzte Walzer" wird heute, Sonnabend, morgen, Sonntag, und Montag wiederholt. Es können nur noch wenige Aufführungen stattfinden, da sich bereits Leon Jessels neueste Operette „Die närrische Liebe" in Vorbereitung befindet.

* **„Volkspark."** Der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband veranstaltet heute, Sonnabendabend, im großen Saal einen Theater-Unterhaltungsabend, im kleinen Saal halten die Vereinigten Kegelklubs ihr Stiftungsfest mit verschiedenen Unterhaltungen ab. Morgen, Sonntag, findet im großen Saale von nachmittags an ein Wintervergnügen des Malerverbandes, und im kleinen Saal Ball des Bandoniumorchesters Harmonie statt. In den unteren Räumen trägt das Streichkonzert zur Familienunterhaltung bei. Genossen! Unterstützt Euer Heim durch regen Besuch!

Freie Volksbühne.

Ibsen: Die Stützen der Gesellschaft.

Nach einer Periode des romantischen und geschichtlichen Dramas begann Ibsen seinen Kampf gegen die Auswüchse der Gesellschaft, die er mit großer Gedankenschärfe schonungslos aufdeckte, ohne jedoch bei seiner Diagnose das Grundübel nach unserer Anschauung zum Fundament seiner Gesellschaftskritik zu machen. Er bleibt in seinen Dramen der Idealist, der den „Geist", die Gesinnung der Menschen geändert wissen will und sich davon die Erlösung aus der inneren Unwahrheit unseres Zeitalters verspricht. Der oft angegriffene Ausgang der „Stützen der Gesellschaft" ist dafür ein trefflicher Beweis. Streng und unerbittlich hält Ibsen Gerichtstag mit den schädlichen Charakteren, die er — ein Meister an Gestaltungskraft — uns plastisch vor Augen führt, um uns seine Erkenntnis zu lehren, die zum Schluß unseres Schauspiels in die ideologischen Worte ausklingt: „Der Geist der Wahrheit und der Geist der Freiheit, — das sind die Stützen der Gesellschaft!" Die Schuld an den Konflikten, die Ibsen uns in dramatischer Handlung aufzeigt, liegt fast immer in der Vergangenheit und dauert einmal begonnen, wie eine schlimme Krankheit stets zunehmend, in die Gegenwart bis zum Zusammenbruch der betroffenen Personen fort. Während aber durchweg die Schuld so furchtbare Sühne fordert, daß verzweifelte Hoffnungslosigkeit als Folge der Schuld, aus der es keinen Ausweg mehr gibt, den Menschen ergreift und ihm das principiis obsta (widerstehe den Anfängen) als sittliches Postulat packend veranschaulicht, ist der Ausgang der „Stützen der Gesellschaft" freundlicher und gibt einen hoffnungsvollen Ausblick in eine bessere Zukunft. Doch gerade hier liegt die Schwäche dieses Dramas. Stets aber wird der Höhepunkt der in der Vergangenheit liegenden Handlung, die vor unseren Augen allmählich und rücksichtslos analysiert wird, bis alle Schuld zutage liegt, erst zu Schluß erreicht.

Die allmähliche Aufrollung des geschürzten Knotens, eine der schwierigsten Seiten bei der Darstellung Ibsenscher Dramen, gelang der Aufführung der Volksbühne unter der Spielleitung von Dr. Edgar Groß in selten gesehener Vollendung. Von den beschäftigten Bühnenkünstlern kann allgemein gesagt werden, daß die meisten von ihnen scharf umrissene Figuren ohne Fehl herauszuarbeiten versuchten. Eugen Teuscher als Konsul Bernick zeigte in voller Entfaltung eine der vielen Seiten seiner darstellerischen Begabung, die besonders im vierten Aufzug bei der Katalyse sich in ungewöhnlich prachtvoller Weise offenbarte. Doch schon seit dem Augenblick, da der Konsul so in Lüge, Heuchelei und Selbstsucht verstrickt ist, daß er selbst vor einem grausigen Verbrechen nicht zurückschreckt, um die gegen ihn zeugenden Beweisstücke zu vernichten, befand sich Teuscher auf dem Höhepunkt seiner Kunst. Zum Konsul, dieser „Hauptstütze" der Gesellschaft in der norwegischen Küstenstadt, steht im Gegensatz Bernicks Schwager Johann Tönnesen, leuchtenden Auges und reinen Herzens, durch bittere Erfahrungen in der Welt gereift und geläutert, dennoch voll großer Begeisterungsfähigkeit. So faßte ihn auch Fritz Hensel auf und gab ihn mit gutem Gelingen. Helene Achterberg als Lona Hessel war vielleicht doch etwas zu rauh, ihr Organ klang unangenehm, was durch die Rolle keineswegs gerechtfertigt wird. Achtbare Leistungen vollbrachten auch Charlotte von Durand (Betty, des Konsuls Frau), Dore Debicke (Frau Rummel) und Helene Hartmann (Martha). Hedwig Jonas schuf die Dina Dorff mit der bei ihr gewohnten feinen Beobachtung aller psychologischen Eigenheiten der darzustellenden Rolle. Ein munterer, unternehmungslustiger Bub war Irma Grawi, die in ihrer Hosenrolle viel Beifall fand. Die übrigen Künstler waren bemüht, das Gesamtbild abzurunden, sie taten ihr Bestes. J. J.

Aus der Provinz.

Vorsicht, Spitzel!

In den letzten Tagen ist ein Teil unserer Genossen im Bezirk von Spitzeln heimgesucht worden: Sie haben gefälschte Papiere, die den Stempel „Paul Wegmann" und die Unterschrift „Lemck" tragen. Sie suchen nach Waffen und behaupten, im Auftrag der Kommunistischen Partei zu kommen.

Am 4. Januar erschienen bei unseren Genossen in Eckartsberga zwei Herren, die sich als Mitglieder der Erfassungsabteilung auswiesen und Auskunft verlangten, wer der Vorsitzende unseres Ortsvereins ist, ob noch Waffen versteckt wären und wie die Gesinnung der Arbeiterschaft sei. Es wurde weiter gefragt, ob auf dem Gute des Barons von Wilmowski noch Waffen lägen. Als alle Fragen verneint wurden, beauftragten die beiden Herren unseren Genossen, in der Nachbarschaft herumzuhorchen, ob noch Waffen verborgen seien. Er erhielt dann einen Zettel mit der Unterschrift „Schwalbe" und dem Inhalt: „Erfassungsabteilung, Haring, Amtsgericht, Kleine Steinstraße, parterre unten rechts, Zimmer 25." Unser Genosse soll sich bei diesem Haring melden.

Derselbe Haring war vor einigen Wochen in Nebra und leitete die Waffenbeschlagnahme. Er verlangte von unserem Genossen dort eine Bescheinigung, daß er die Waffensuche mit größter Loyalität durchgeführt habe. Er behauptete dort auch, er sei mit dem Genossen Lemck gut bekannt. Es kam aber wahrscheinlich diesem Haring nur darauf an, eine Unterschrift unseres Nebraer Genossen zu erlangen.

Dieser Tage erschienen auch zwei Herren beim Amtsvorsteher in Körbisdorf, unserem Genossen Sterzel. Auch sie behaupteten, im Auftrag des Genossen Lemck zu kommen, um die Waffen für die Kommunistische Partei, die Sterzel angeblich habe, abzuholen.

Auch sie hatten ein Schreiben, das u. a. auch mit Lemck unterschrieben war.

Beim Betriebsrat des Gutes Schkopau erschienen die Herren sogar im Auto, verlangten die Waffen im Auftrage der Kommunistischen Partei und zeigten einen Ausweis, der mit „Paul Wegmann" gestempelt war.

Wir raten unseren Genossen zur äußersten Vorsicht. Genosse Lemck hat mit Waffen, oder mit der Entwaffnungsaktion der Behörden nichts zu tun; ebenso nicht die Kommunistische Partei. Alle Genossen werden in ihrem Interesse ersucht, die Spitzel gebührend zu behandeln.

Unterbezirk Wittenberg-Schweinitz der V. K. P. D.

Die Unterbezirksleitung ruft zum Sonntag, den 16. Januar 1921, vormittags 9 Uhr, einen **außerordentlichen Unterbezirkstag** nach Wittenberg, Lokal Freudenberg, Kurfürstenstraße 15, ein.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Dieselbe ist äußerst wichtig; es ist daher Pflicht jedes Ortsvereins, die entsprechende Anzahl Delegierte zu entsenden. Alle Ortsvereine unter 100 Mitgliedern entsenden einen, die größeren Ortsvereine auf jedes volle Hundert einen weiteren Delegierten.

Die Unterbezirksleitung. J. A.: Chemnitz.

Bezirkskonferenz der Kommunistischen Jugend.

Am Sonntag, dem 23. Januar, vormittags ½9 Uhr, findet im Volkspark zu Halle die Bezirkskonferenz **der Kommunistischen Jugend für den Bezirk Halle-Merseburg statt. Die Tagesordnung** lautet:

1. Bericht von der Reichskonferenz (Gen. Hoffmann, Halle).
2. Bericht der Bezirksleitung.
3. Bezirksstatut.
4. Wahlen.
5. Unsere zukünftige Arbeit.
6. Verschiedenes.

In Anbetracht der Wichtigkeit der **Tagesordnung sind alle Ortsgruppen der Kommunistischen Jugend im Bezirke verpflichtet, zu dieser Konferenz Delegierte zu entsenden. Es kann auf je 50 Mitglieder ein Delegierter geschickt werden.**

Alle die Delegierten, die bereits **am Sonnabendabend eintreffen,** melden sich zwecks Zuweisung von Quartieren **im Jugendheim, Halle, Rathausstraße 16.**

Die Bezirksleitung.

Sangerhausen-Eckartsberga.

Die Kreiskonferenz der Kommunistischen Jugend findet Sonntag, den 9. Januar, früh 10 Uhr, im „Goethehaus" in Artern statt, nicht in Fretern, wie der Druckfehlerteufel gestern meldete. Wir bitten alle Ortsgruppen der K.J. des Kreises, Delegierte zu entsenden.

Die Kreisleitung.

Nordhausen. Achtung! Vorstandsmitglieder! Montag, den 10. Januar, abends 7 Uhr, im „Riesenhaus" Sitzung. Auch Nichtvorstandsmitglieder willkommen.

Bitterfeld. Eine Vollversammlung der Betriebsräte (Gruppe Chemie) findet am Montag, dem 10. Januar, im

Unser
Inventur-Ausverkauf
ist für jeden noch immer die
günstigste Kaufgelegenheit.

Gardinen
Rolokōper 80 cm breit, in weiß, crême u. gold Meter 19,75
Tüllbettdecken über 2 Betten 95,00 78,00
Künstler-Garnituren aus engl. Tüll, Erbstüll 168,00 125,00
Mull-Garnituren 2 Schals u. 1 Querbehang, 165,00 145,00

Leinenwaren
Handtuchdrell 48 cm breit, weiß und grau 11,75
Handtuchdrell, Reinleinen weiß u. grau gestreift, 48 cm breit 17,50 14,75
Bettz ug kariert, 84 cm breit 15,75
Bettlaken, Ia. Dowlas 150/204, gesäumt 67,50
Bettbezug mit 2 Kissen fertig genäht, prima Linon 188,00 178,00

Damen-Konfektion
Blusen weiß und farbig, fesche Formen 89,00 18,75
Morgenröcke elegante Verarbeitung ... 98,00 79,00
Mäntel gute Stoffe, moderne Formen, 88,00 78,00
Kostüme marine und farbig 275,00 245,00

Unsere große Spezial-Abteilung **Wäsche** bringt Angebote von größter Preiswürdigkeit.

Ein Post. **Eiserne Bettstellen** weit unter Preis

Besonders billig **Kinderkleider**

Brummer & Benjamin
Große Ulrichstraße 22|23.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210108-11/fragment/page=0006

Bitterfelder „Gesellschaftshaus“ statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Das Erscheinen eines jeden Betriebsrates ist notwendig.

Liebenwerda. **Die „Sipo“ verläßt den Kreis,** nachdem in Hirschfeld der Skandal offen ausgebrochen ist. Man sagt, daß die Quartierschwierigkeiten nicht zu lösen gewesen seien. Es steht aber fest, daß der Landrat nach diesem Vorfall bei der Regierung den Abzug betrieben hat. Die reaktionäre Bauernschaft trat sofort nach dem Hirschfelder Vorfall in scharfe Front gegen die „Sipo“. Als Protest findet ein Kreisbauerntag in Hirschfeld statt. Ja, sobald die „Sipo“ den Bauern Schwierigkeiten bei der Volksausplünderung macht, ändert sich sofort ihre Stellung. Die beiden Kreisausschußmitglieder der VKPD. hatten also schon vor Wochen erkannt, was kommen mußte, als sie den Kreisausschuß offiziös zur Klarheit veranlaßten, aber abfielen. Das „Kreisblatt“ hat seine Rolle dabei sehr unglücklich gespielt.

Wittenberg. In der **Generalversammlung** der VKP., die einen guten Besuch zu verzeichnen hatte, berichtete Genosse Chemnitz über den Berliner Parteitag und Genosse Hilgenhof über den Bezirkstag in Halle. Die Referate wurden mit großem Beifall aufgenommen. — Unsere Jugend veranstaltet am Freitagabend 7 Uhr in Freudenbergs Lokal einen Wohltätigkeitsabend zugunsten der Opfer in Horthy-Ungarn. Es ist Pflicht aller Genossen, an diesem Abend teilzunehmen.

Herzberg. **Der Kreistag des Kreises Schweinitz tagte am** Dienstag, dem 4. Januar, in einer hochwichtigen Sitzung. Auf der Tagesordnung stand u. a.: Wiederbesetzung des erledigten Landratspostens. Der frühere Landrat v. Pappenheim wurde bekanntlich wegen seines Verhaltens während der Kappschen Regierung von seinem Posten enthoben. Mit der Führung der Geschäfte ist seitdem ein Demokrat Dr. Riese kommissarisch betraut. Auf Anordnung der Regierung soll nun der Kreistag sein Selbstbestimmungsrecht ausüben und eine Person zum zukünftigen Landrat vorschlagen. Die Deutschnationalen schlugen den Regierungsrat Dr. Drhander, Merseburg, vor, die andern Parteien den bisherigen komm. Landrat Dr. Riese. Die Abstimmung ergab bei 27 anwesenden Vertretern 16 Stimmen für Dr. Riese und 10 für Dr. Drhander. Damit ist Dr. Riese gewählt. Es wurde dann beschlossen, dem Landrat die Dienstwohnung im neuen Landratshause zu überlassen, sowie ihm nen Zuschuß von 11 000 Mk. pro Jahr zum Gehalt zu zahlen. Zum Schluß kam dann der im ganzen Kreise und darüber hinaus rühmlichst bekannte Landratshaus-Bau zur Verhandlung. 150 000 Mark sind vom Kreistag für den Bau bewilligt. Ausgegeben dafür sind aber 500 000 Mk. Wie ist das möglich? Wer ist verantwortlich? Keiner! Dem Landrat v. Pappenheim ist der Bau bewilligt worden und dazu die 150 000 Mk. Dieser hat den Bau einer Firma übergeben, und kein Mensch hat sich über die Ausführung weiter gekümmert. Jetzt kommt das dicke Ende: Mehrkosten von 350 000 Mk.! Wie von Sachverständigen festgestellt ist, ist zum Bau derartig minderwertiges Material verarbeitet worden, daß dem Landrat gar nicht zugemutet werden kann, hineinzuziehen, ehe nicht Ausbesserungen vorgenommen sind. **Da man nun einmal dabei war,** Mehrkosten zu bewilligen, wurden außer den 350 000 Mk. noch 35 000 Mk. bewilligt, so daß für den Bau bis jetzt 535 000 Mk. bewilligt sind. Die Kreistagsmitglieder jammern über diesen Hineinfall und glauben, daß sie diese Bewilligung ihren Wählern gegenüber nicht verantworten können. Bei der kommenden Kreistagswahl wird Abrechnung mit den jetzigen Vertretern gehalten; die Wähler erwarten, daß mit ihren Steuergroschen anders gewirtschaftet wird, als der jetzige Kreistag es getan hat.

Naumburg. **Neuer Bergbaubetrieb.** In den Gemarkungen von Neidschütz und Boblas hat die Gewerkschaft Georgs-Vereinigung einen neuen Bergbaubetrieb zur Gewinnung von Braunkohle eröffnet. Ein großer Teil der Decke an der Anschlußstelle ist bereits entfernt, so daß in Kürze die Kohle freigelegt sein und Schuppen) sind in Angriff genommen. Es wird damit gerechnet, daß im März mit der Kohlenförderung und der Fabrikation von Naßpreßsteinen begonnen werden kann.

Sport und Körperpflege.

Sport am Sonntag.

„Der Meister von Ungarn, das größte Ereignis“, dies kann man auf großen Plakaten überall in der Stadt lesen. Wir fordern jedoch unsere Arbeitersportler auf, dieser Veranstaltung fernzubleiben, da hier aus dem Sport eine Geschäftssache gemacht wird, denn die ganze Mannschaft muß erstens 6 Tage fahren und dann will sie verpflegt und untergebracht sein. Ihr könnt ebenso gute Spiele auch bei den Arbeitersportvereinen sehen. Deshalb, meidet diese Veranstaltung!

Die Spiele um die **Gruppenmeisterschaft gehen ihrem Ende** entgegen, um darauf den **Bezirksmeister festzustellen, welcher den 6. Be**zirk vertreten soll.

„Minerva“ **fährt nach Zörbig. Radewell und Nietleben stehen** sich im Kampfe gegenüber; hier wird wohl Nietleben die Oberhand haben. Dölau hat „Viktoria“ auf seinem Platze; dabei wird es heiß um die zwei Punkte gehen. Kröllwitz spielt gegen „Fichte“. VfB. Trotha fährt nach Leuna und bringt hoffentlich die wertvollen zwei Punkte mit, um dann noch ein Wörtchen in der Gruppe I mitzureden. „Sportlust“ empfängt Schkeuditz.

Also, Sportler, macht Gebrauch von den vorstehenden Spielen und meidet andere Sportveranstaltungen zum Wohle der gesamten Arbeitersportbewegung!

Spiel-Ankündigungen für Sonntag, den 7. Januar.

I. Klasse.

½3 Uhr: Leuna I — V. f. B. Throtha I (Ohme, Lettin); Sportlust I — Schkeuditz I (Henze, Teutonia); Askania I — Radewell I (Rosenbaum, Sportlust); Fortuna I — Viktoria I (Hunold, Teutonia); Cröllwitz I — Fichte I (Wund, Askania); ½10 Uhr: **Zörbig I** — Minerva I (Hartleb, Fortuna).

II. Klasse.

½1 Uhr: Leuna II — Trotha II (Diemitz); Sportlust II — Schkeuditz II (Fortuna); Askania II — Radewell II (Fichte, Halle); Fortuna II — Viktoria II (Sportlust); Cröllwitz II — Fichte, Halle II (Wörmlitz); 8 Uhr: Zörbig II — Minerva II (Cröllwitz Sportw.)

III. Klasse.

½1 Uhr: Fichte, Halle III — Minerva III (Bruckdorf); ½3 Uhr V. f. B. Lettin III — V. f. B. Trotha III (Viktoria); Viktoria III — Askania III (Radewell).

IV. Klasse.

½1 Uhr: Schwoitsch III — Minerva IV (Schkeuditz).

II. Klasse, Gruppe 3.

½8 Uhr: Bruckdorf I — Wörmlitz I (Diemitz); Zicherben I — Kayna I (Askania); Reideburg I — Braunsdorf I (Trotha).

III. Klasse, Gruppe III.

½1 Uhr: Bruckdorf II — Wörmlitz II (Reideburg); Reideburg II — Braunsdorf II (Diemitz).

Sportverein Cröllwitz. Heute abend 8 Uhr Mitgliederversammlung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Cröllwitz Jugend spielt gegen Viktoria Jugend (Sandanger), Anfang ½1 Uhr; Cröllwitz III fährt nach Gr. Kayna. Cröllwitz I und II gegen Fichte I und II (Brandberge).

Sportverein Schwoitsch. Sonnabend, den 8. Januar, **Versammlung.** Schwoitsch fährt Sonntag nach Weißenfels, um gegen **Union** ein Gesellschaftsspiel auszutragen. Treffpunkt 10 Uhr Bahnhof.

Mitteldeutsche Spielvereinigung, 2. Kreis, 6. Bezirk.

Montag, den 10. 1. 21.: Vollsitzung im Volkspark, vordem **Protest**verhandlung. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

H. F.-C. „Teutonia 08“.
Sonnabend Generalversammlung. Anfang 8 Uhr. **Wir bitten** um vollzähliges Erscheinen.

Turn- und Sportverein Fichte.
Fichte I spielt gegen Kröllwitz I. Treffpunkt ½2 Uhr Lindenhof.
Fichte II gegen Kröllwitz II. Treffpunkt ½12 Uhr Lindenhof.
Fichte III. Treffpunkt ½12 Uhr im Restaurant zum Hafen.

Sportkartell für den Regierungsbezirk Merseburg.

Wir bitten sämtliche Vereine, welche dem Bezirkskartell angeschlossen sind, um Einsendung einer namhaften Liste, auf der die Bezieher des Klassenkampfes aufgeführt sind. Die Listen sind baldigst an den Bezirksvorsitzenden Bandermann zu senden.

Den Kartellen zur Kenntnis, daß die Bezirksvorstandswahl folgendes Ergebnis gezeigt hat: 1. Vorsitzender: Bandermann, 2. Vorsitzender Geißler, Schriftführer: Eurich, Kassierer: Eckert, Beisitzer: Höhnemann und Kretschmar.

Arbeitersportler, meidet den Wackerplatz am kommenden Sonntag!

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Genossen, kauft nur bei den „Klassenkampf“-Inserenten

Apollo-Theater
Täglich 7½ Uhr!
Riesenerfolg!
„Der letzte Walzer“ 119
Rechtzeitig Plätze bestellen!

Stadttheater.
Sonntag, den 9. Januar, nachmittags 3 Uhr
Die Mäusekönigin.
abends 7½, Ende 10½ Uhr:
Fidelio.
Montag, d. 10. Januar, Anfg 7½, Ende 10¼ Uhr
Der fidele Bauer.

Thalia-Theater.
Sonntag, den 9 Jan. 1921. abends 7½ Uhr: 67
Der Biberpelz.
Komödie v. G. Hauptmann

Welt-Panorama.
Gr. Ulrichstr. 45 I
Diese Woche:
Schweiz (Matterhorn), Neuyork. 111

Stadt Frankfurt, 89
Hallmarkt.
Telephon 3882.
Märchenhaft beleucht. Korallen-Seegrotte.
Köthener Obstwein-Ausschank.

Pfälzer Schießgraben *54
Sonntag, 9. Januar, von 3 Uhr an:
Oeffentl. Ball.

Eine tragende Ziege zu verkaufen. 113
Passendorf, Zollrain 1.

Möbliertes Zimmer
sucht sofort jüngerer Genosse. Zuschr. u. B H. 3 an den Verlag. 108

Ehrenerklärung.
Die über Herrn Rudolf Uhlig ausgesprochene Beleidigung nehme ich hiermit zurück. *50
Wolfen, den 8. Januar.
Anton Ott.

HEN-SCHU-Kautabak
hergestellt von
Hendess & Schumann, Nordhausen.
Vertretung: Fabrik-Lager:
Otto Rosenbaum, Halle (S.), Lerchenfeldstr. 23.
Fernsprecher 2641. *40

Inventur-Ausverkauf.

Derbe Gummi-Hosenträger mit Lederpatten 14⁰⁰
Restposten Krawatten.

13,50 10,00 8,50
4⁵⁰
Dauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2, 1 Treppe, Eing. Sternstr. 133

Holz-Pantoffeln
en gros 107 detail
nur prima Leder
liefert preiswert
Otto Ladecke,
Holzpantoffelfabrik,
Halle, Mansfelder Str. 47.

Raucherdank!
Das sicherste Mittel das Rauchen ganz od. teilweise einzustellen. Wirkung verblüffend. Auskunft umsonst.
Versandhaus Urania
*37 München R 20, Wallberstr. 38.

Bettnässen, *45
Befreiung sofort. Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft umsonst.
Dr. m. Lauterbach, München Z 29

Inventur-Ausverkauf

im Preise bedeutend herabgesetzter
Künstlergardinen, Gardinen, Halbstores, Vitragenstoffe, Bettdecken, Tisch- und Diwandecken usw.
Beginn 10. Januar.
Gardinenhaus
Methner 64
Leipziger Straße, am Leipziger Turm.

Werbt für den „Klassenkampf“.

Kein Inventur-Verkauf, aber
billiger Verkauf
in allen Abteilungen, bei
Sally Biletzky, Halle (Saale),
Leipziger Strasse 103, 1 Tr.
Leinen- und Baumwollwaren
:: Kleider- und Anzugstoffe ::
Engros und Endetail. 118

Wo? erhalten Sie einen feinen
Massanzug
zum Preise von 600, 700, 800 Mark, bei
W. Thamm, 105
Zinksgartenstr. 15 (Lad.)

Bettnässen *48
Befreiung garant. sofort. Alter u. Geschlecht angeb. Auskft. umsonst. Versandhaus Wohlfahrt, München H. 7, Winthirstraße 33.

Gebrauchte Möbel,
Vertiko, Schreibtische, Trumeaus, Spiegel, Waschtische mit Marmorplatte, Bücherschränke, Bufetts, Rohrstühle, Steg- und Ausziehtische,
vollst. Speisezimmer
vollst. Schlafzimmer
Kücheneinrichtungen
alles sehr gut erhalten verkauft 110
Friedrich Pelleke,
Geiststraße 25.

Küchen-Einrichtungen
m. Messingverglasung
verkauft von 950 Mk. an
Max Jungblut,
Möbelgeschäft, 130
Albrechtstraße 37.
Bitte auf Nr. 37 achten.

„Kascha“

das Ideal aller Haarfarb. färbt unsch. v. feinst. Blond bis zum tiefst. Schwarz.
Verkaufstelle:
C. Klappenbach,
Gr. Ulrichstr. 41. 102

Kluge Frauen
nehmen bei Störung, Stockung, nur die seit Jahren glänzend bewährten Freba-Apparate. Tropfen extrastark M. 12.50. Trinktee M. 4. Fußbadepulver M. 4. In hartnäckigen Fällen gesamte Kur anwenden. Fr. O. i. H. schreibt: Ihre Präparate sind hervorragend u. ist der Erfolg sicher. Senden Sie mir sofort noch eine Kur, ich will diese nicht mehr entbehren. Preisliste über Hygien. Artikel gratis durch: Vers. München 7, Postfach 54—55. *42

! 8ung !
Lumpen, 114
Knochen,
Eisen, Metall,
Felle aller Art,
kauft zu höchst. Preisen.
Scheer & Co.
Schillerstr. 28.

Geld-Darlehen
erhalten reelle Personen gegen Sicherheit durch
Paul Keller 126
Hafenstr. 45

Wiener-Harmonika
2-reih., guterh., bill. z. vk. 100
Schmiedstr. 37, III, r.

Ehescheidungen, Alimente,
Rechts-, Straf-, Steuersachen-Gesuche
Tägliche Erfolge. 103
Rechtsbureau u. Detektei
W. Heß, Anhalterstr. 7, II. r.

Gestohlener kleiner Handwagen steht Herrenstr. Zu erfrag. im Lad. E. Teubner 124

Kaiser-Café.
Kellner-Lehrling
83 aus achtbarer Familie gegen Gehalt gesucht.

Billige Korsetts
Toska Gunkel
16 Markt 16
neb. d. Hirsch-Apotheke
*42

Preiswerte Bücher:
Illustr. Himmelskunde.
Asien, Land u. Leute.
Afrika, Land und Leute.
Illustr. Buch d. Chemie.
Illustr. Buch d. Physik.
Illustrierte Tierkunde.
Illustr. Pflanzenkunde.
Körper- u. Schönheitspflege.
Bau d. menschl. Körpers.
Alle Bände broschiert
Preis pro Band 2 Mk.
Volksbuchhandlung,
Halle a. S., Harz 42/44
Zahlungen durch Postscheckamt Leipzig Nr. 18165.

Ansichts-Karten
ernsten u. heiteren Inhalts
Volksbuchhandlung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210108-11/fragment/page=0007

Engelhardt-Biere

hervorragende Qualität!

*53

Volkspark.

Heute, Sonnabend, und morgen, Sonntag, in beiden Sälen:

BALL.

122 Die Geschäftsleitung.

Voranzeige.

Sonnabend, den 15. Januar, abends 7½ Uhr, im großen Saal des „Volksparkes":

1. großes Gau-Mandolinen-Konzert

anläßlich der Gautagung des Mitteldeutschen Gaues DMGB.

bestehend aus 3 Massenchören (zirka 200 Mann Besetzung) außerdem Aufführungen in Vereinschören und Solo-Vorträgen.
(Alles Nähere siehe Anschlagsäulen.)

Ueber 200 Mitwirkende.

Karten im Vorverkauf zu 3 und 4 Mk. bei H. Hothan, Hofmusikalienhandlung, Große Ulrichstraße, G. Wenzel, Zigarrengeschäft, Merseburger Straße 14. 112

1. Hall. Mandolinen-Orchester.

Letzte Vorstellung
des Volksschauspiels 128

„Die Internationale"

Sonntag morgen 11 Uhr, Kl. Volkspark-Saal.

Humor, Politische Satire.

Hoffmanns Rote Sänger, Berlin.

Einmaliges Gastspiel.

Dienstag, den 11. Januar, im „Volkspark".

Aus dem Programm: 129

Quartett-Gesänge. Die verrückte Zeitung (Humor-Quartett). **Bosheiten nach Noten. Spaß muß sein!** (Couplet). **Scherben bringen Glück.** Posse in 1 Akt. **Ein sauberer Volksbeglücker** (Uraufführung). Satire mit Gesang in 1 Akt von Hermann Halle.

Musikalische Leitung: Hermann Halle.

Karten zu Mk. 2,50 im Zigarrengeschäft Spengler, Geiststr. 5, u. am Büfett i. Volkspark. Abendkasse Mk. 3.

„Gasthof Mohr", Burgstr. 72.

115 Sonntag: **Bandonium-Musik.**

Sonntag, 16. Januar: **Preis-Maskenball.**

„Lindenhof", Kröllwitz.

Sonntag, den 9. Januar, von 3 Uhr an

Tanzkränzchen.

Saal neu renoviert. 128

Amtliche Bekanntmachungen

Städtischer Verkauf von Rindertalg und Reis

an alle Haushalte in der Talamtschule, am Montag, den 10 Januar 1921, gegen Vorlage der Lebensmittelscheine an die Inhaber der Nummern 24501—27500, vormittags von 8—12 Uhr und 27501—28500, nachmittags von 2—6 Uhr. An jede Person aller Haushalte werden 145 Gramm Rindertalg zum Preise von 4,— Mk. und ½ Pfund Reis zum Preise von 2,50 Mk. abgegeben. Ferner werden täglich markenfrei abgegeben Fleisch- und Wurstkonserven zu den bekannten Preisen, Armeekonserven mit reichlich Fleisch, die Dose 6,50 Mk., Malzextrakt, die Dose 4,30 Mk., Milchsüßspeise, 2 Pakete zum Preise von 1,10 Mk. Milchpulver, 100 Gramm zum Preise von 1,60 Mk, und Trockenei (Ersatz für 5 Eier) 50 Gramm zum Preise von 3 Mk

In der Woche vom 10.—16. Januar 1921 erfolgt **die Abgabe der dänischen Sahnenmilch in Flaschen an die Inhaber der Milchkarten der Klasse 3 auf die Sondermilchmarke 50. Der Preis für eine Flasche Milch beträgt 6,— (sechs) Mark.**

Abgabe von Sacharin an die Verbraucher in den Apotheken und Drogengeschäften in beliebiger Menge zum ermäßigten Preise von 75 Pfennig für den Brief.

Die Inhaber von Bäckereien und Konditoreien sowie Süßigkeitsgewerbetreibenden werden hierdurch aufgefordert, die für den Monat Januar 1921 gültigen Zuckermarken und zwar die Geschäftsinhaber mit den Anfangsbuchstaben: A—J am Montag, den 10. Januar, K—R am Mittwoch, den 12. Januar, S—Z am Donnerstag, den 13. Januar, vormittags von 8—12½ Uhr im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, II. Obergeschoß, Zimmer 22, in Empfang zu nehmen. Ein Ausweis ist mitzubringen.

Die Gastwirte können Sacharin „G"-Packung gegen Vorlegung eines Ausweises ohne Bezugsschein in beliebiger Menge zu dem um 25% ermäßigten Preise in der Talamtschule abholen.

Die Apotheken u. Drogenhändler können Sacharin zum Verkaufe an die Verbraucher in beliebiger Menge ohne Bezugsschein gegen Vorlegung eines Ausweises zu dem um 25 Prozent ermäßigten Preise in der Talamtschule abholen.

Verkauf von Haferflocken und Speisesirup.

In der Woche vom 10.—16. Januar 1921 werden auf Warenkundenliste auf jede eingetragene Person abgegeben: ½ Pfund Haferflocken zum Preise von 2,20 Mk. für das Pfund auf Marke 576 des Warenbezugsscheins 32 und ½ Pfund Speisesirup zum Preise von 2,60 Mk. für das Pfund auf Marke 577 des Warenbezugsscheines 32.

Die Ausgabe von Zuckermarken für den Monat Januar 1921 findet in der Woche vom 10.—15 Januar in den städtischen Markenausgabestellen statt. Die Zuckermarken sind bei Empfang nachzuzählen und in der betreffenden Woche abzuholen. Die Verbrauchsmenge ist für den Monat Januar auf 750 Gramm festgesetzt.

Städtischer Verkauf von Käse

in der Talamtschule, am Montag, den 10. Januar 1921, gegen Vorlage der Lebensmittelscheine an die Inhaber der Nummern 50001—53000, vormittags von 8—12 Uhr, und 53001—54000, nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 115 Gramm zum Preise von 1,00 Mk. abgegeben.

Der Verkauf von Quark

erfolgt am Montag, den 10. Januar 1921, auf den Abschnitt 49 für die eingetragenen Kunden in der Molkerei Merbitz, Freiimfelderstraße 3. Auf jeden Abschnitt wird ⅛ Pfund zum Preise von 1,28 Mark abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind bis Mittwoch, den 12. Januar, abzuliefern.

Die Preisprüfungsstelle für den Stadtkreis hat eine öffentliche Beratungsstelle für Schuhwarenpreise und Schuhreparaturen eingerichtet, welche an jedem Freitag, vormittags von 10—11 Uhr, im Stadternährungsamt, Zimmer 23, durch Sachverständige an jedermann kostenlos Rat und Auskunft erteilt. Es wird gebeten, etwaige Fälle im Laufe der Woche bei der Preisprüfungsstelle, Stadternährungsamt, Zimmer 26, anzumelden.

In der Zeit vom 16. April bis 31. Dezember 1920 sind im Stadttheater die nachstehend aufgeführten Gegenstände gefunden worden: 13 Paar Handschuhe, 1 Pelzboa, 1 Hut, 1 Opernglas, 2 Opernglasbehälter, 1 Spangennadel, 1 Handtäschchen, 2 Armbänder, 1 Trauring, 1 Taschentuch. Eigentumsansprüche sind bis zum 1. März 1921 im städtischen Büro V, Rathausstraße 19, Zimmer 46, geltend zu machen. Nach Ablauf dieser Frist werden die Fundstücke öffentlich versteigert.

Auf Grund des § 1 des Gesetzes, betreffend die Gebühren der Hebammen vom 10. Mai 1908 (GS. S. 103) setze ich unter Aufhebung der Gebührenordnung vom 19. Juli 1920 (Amtsblatt S. 216/217) für den Umfang des Regierungsbezirkes folgende Gebührenordnung fest:

§ 1. Den Hebammen (§ 30, Absatz 3 der Reichsgewerbeordnung) stehen für ihre berufsmäßigen Leistungen Gebühren nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen zu.

§ 2. Die niedrigsten Sätze gelangen zur Anwendung, wenn nachweisbar Unbemittelte oder Armenverbände die Verpflichteten sind. Sie finden ferner Anwendung, soweit nicht besondere Schwierigkeiten der Leistung oder das Maß des Zeitaufwandes einen höheren Satz rechtfertigen, wenn die Zahlung aus Mitteln des Staats, einer milden Stiftung, auf Grund der §§ 195a, 195c, 205a des Gesetzes über Wochenhilfe und Wochenfürsorge, in der Fassung der §§ 2 und 10 der Bekanntmachung vom 22. Mai 1920 (RGBl. S. 1069) und des § 17 dieses Gesetzes aus Mitteln einer Krankenkasse nach der Reichsversicherungsordnung (Orts-, Land-, Betriebs-, Innungskrankenkasse), aus einer knappschaftlichen Krankenkasse, einer Ersatzkasse (§§ 495 ff., 503 ff. RVO.) zu leisten ist, oder wenn diese Kassen einen Beitrag zu den Kosten der Entbindung zu gewähren haben.

§ 3. Im übrigen ist die Höhe der Gebühr innerhalb der festgesetzten Grenzen nach den besonderen Umständen des einzelnen Falles, insbesondere nach der Schwierigkeit und Zeitdauer der Leistung und nach der Vermögenslage des Zahlungspflichtigen zu bemessen.

§ 4. Die in den folgenden Nummern bezeichneten Leistungen unterliegen nachstehenden Gebührensätzen: 1. Für den Beistand bei einer regelmäßigen Geburt für die Dauer bis zu 8 Stunden 40—80 Mk., für jede folgende Stunde 4—8 Mk. Werden auf Verlangen der Entbundenen oder ihrer Angehörigen weniger als 8 Wochenbesuche gemacht, so erhöht sich der Mindestsatz für den Beistand bei einer Geburt auf 70 Mk. 2. Für den Beistand einer Zwillingsgeburt, einer regelwidrigen Geburt, einer mit Blutungen und deren Folgen oder mit Eeclampsie, mit Lösung der Nachgeburt oder mühsamer Wiederbelebung des Kindes verbundenen Geburt erhöht sich der Anfangssatz zu 1 auf 50—100 Mk. 3. Bei einer Entbindung, zu der ein Arzt zugezogen wurde, erhöht sich die Gebühr in 1 und 2 um 5 bis 10 Mk. 4. Für den Beistand bei einer Fehl- oder unzeitigen Geburt oder bei der Abnahme einer Mole für die Dauer bis zu 6 Stunden: 20—40 Mk. Für jede folgende Stunde 4—8 Mk. 5. Für jeden vorgeschriebenen Wochenbesuch einschließlich der dabei erfolgenden Untersuchungen und Verrichtungen, für jede angefangene Stunde bei Tag 5—8 Mk., bei Nacht das Doppelte. 6. Für jeden sonstigen Besuch, einschließlich der dabei erfolgten Untersuchungen und Verrichtungen für jede angefangene Stunde 5 bis 10 Mk., bei Nacht das Doppelte. 7. Für eine Tagewache außerhalb der Zeit der Geburt (Besuch eingeschlossen): 12—18 Mk., für eine solche Nachtwache 16—24 Mk., für eine solche Tag- und Nachtwache 25—40 Mk. 8. Für eine Raterteilung in der Wohnung der Hebamme bei Tage 3—5 Mk., bei Nacht das Doppelte. 9. Für eine Untersuchung in der Wohnung der Hebamme einschließlich der Raterteilung bei Tage 4—7 Mk., bei Nacht das Doppelte. 10 Für ein schriftliches Zeugnis außer der Gebühr für die Untersuchung oder den Besuch 2 Mk. Als Nacht im Sinne vorstehender Vorschriften gilt in den Monaten April bis September die Zeit von 9 Uhr abends bis 7 Uhr morgens, in den anderen Monaten die Zeit von 8 Uhr abends bis 8 Uhr morgens.

§ 5. Bei Verrichtung in Häusern, die mehr als 2 km von der Wohnung der Hebamme entfernt liegen, sind der Hebamm, falls ihr nicht freies Fuhrwerk gestellt wird, sowohl für den Hin- als auch für den Rückweg, entweder die baren Auslagen für tatsächlich benutztes Fuhrwerk oder: 1,— bis 1,50 Mk Wegegelder für jedes angefangene Kilometer Landweg bezw. die Fahrtkosten der 3. Wagenklasse bei Benutzung der Eisenbahn oder der Preis der Straßenbahn bei deren Benutzung zu erstatten. Im übrigen sind der Hebamme die baren Auslagen für die bei ihrer Hilfeleistung verwendeten Desinfektionsmittel und Verbandsstoffe, soweit diese nicht aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung gestellt wurden, zu ersetzen.

§ 6. Diese Gebührenordnung tritt mit dem 1. Dezember 1920 in Kraft.

Merseburg, den 9. Dezember 1920.

*49 **Der Regierungspräsident.**

Ammendorf

Alle noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen Personen sind unverzüglich durch die Angehörigen der der Gemeindeverwaltung — Zimmer 8 — zu melden.

Ammendorf, den 4. Januar 1921.

Der Gemeindevorsteher.

*31 J. V.: Denkewitz, Schöffe.

Weissenfels

Quarkverkauf.

Von heute mittag 1 Uhr an findet in nachstehendem Geschäft gegen Abgabe der 2. Quarkmarke Verkauf von Speisequark statt. Auf jede Marke werden 200 Gramm zum Preise von 1 Mk. abgegeben. Hampe, Tagewerbener Str. 23, 33501 bis Schluß. Die Abholung hat bis zum 10. Januar 1921 zu erfolgen.

Weißenfels, den 4. Januar 1921.

(288) Der Magistrat.

Grieß-Verteilung im Stadtkreise.

In der Woche vom 10. bis 15 Januar werden nach der Kundenliste auf die Lebensmittelmarke 387 125 Gramm Grieß zum Preise von 1,20 Mark das Pfund abgegeben. Marken- und Bestandsanzeige der Verkaufsstellen am Dienstag, den 18. d. Mts. an die Warenabteilung Leopold, Kellstr. 14. Zuwiderhandlungen werden nach § 17 der Verordnung vom 25. 9./4. 11. 15 bestraft.

Weißenfels, den 8. Januar 1921.

Der Magistrat.

Brotmarken-Ausgabe.

In der Zeit vom 11. bis 17. Januar 1921 findet in der Markenausgabestelle, Klosterstraße 8, die Ausgabe der Brotmarken für den Versorgungszeitraum 17. 1. bis 13. 2. 21 statt. Die bisherige Straßeneinteilung bleibt bestehen. Es erfolgt jedoch wie bisher am Tage vorher im lokalen Teil dieser Zeitung ein Hinweis, welche Straßen für die Ausgabe am nächsten Tage in Frage kommen. Außer den Brotmarken kommen während derselben Zeit die Zuckermarken für den Monat Februar mit zur Ausgabe. Wiederholt müssen wir darauf hinweisen, daß nach dem 17. d. Mts. die Ausgabe nicht abgeholter Marken keinesfalls stattfinden kann.

Weißenfels, den 8. Januar 1921.

Der Magistrat.

Erhebung von Schulgeld für den Besuch der Fortbildungsschule.

Gemäß den Beschlüssen der städtischen Körperschaften ist vom 1. April 1920 an für jeden Fortbildungsschüler ein im Voraus in einer Summe zu erhebender Schulbeitrag von jährlich 10 Mark vom Arbeitgeber zu entrichten. Bei freiwilligen Teilnehmern ist der Vater oder dessen gesetzlicher Vertreter bezw. der Teilnehmer selbst, zur Zahlung verpflichtet. Das Schulgeld ist fällig mit der Zusendung des Schulgeldauszuges und in unserer Stadtsteuerkasse zu bezahlen.

Weißenfels, den 4. Januar 1921.

(289) Der Magistrat.

Ausübung des Viehhandels.

Nach § 2 der Verordnung vom 19. September 1920 (RGBl. S. 1675) bedarf jeder Viehhändler, Viehkommissionär, Fleischer oder Fleischwarenfabrikant einer besonderen Erlaubnis zum Ankauf von Vieh unmittelbar beim Landwirt. Gemäß der Anordnung des Herrn Oberpräsidenten vom 21. Dezember 1920 (veröffentlicht im Tageblatt vom 31. Dezember 1920) sind die Ausweiskarten des Viehhandelsverbandes noch bis Ende Februar 1921 gültig. Wir machen aber nochmal darauf aufmerksam, daß die neuen Anträge auf die Erteilung der Erlaubnis zum Viehhandel vom Herrn Oberpräsidenten entschieden werden und spätestens bis zum 10. Januar an den Magistrat einzureichen sind. Vordrucke liegen in der Polizeiinspektion bereit. Da eine scharfe Ueberwachung des Viehhandels angekündigt ist, werden alle Beteiligten um sorgfältige Beachtung der Bestimmungen ersucht.

Weißenfels, den 5. Januar 1921.

(290) Der Magistrat.

Aufklärung

erhalten Sie, wenn Sie den Vortrag des Herrn Ingenier **Fröhlich** (Berlin), über das Thema

Technik und Wiederaufbau

am **Montag, den 10. d. M., abends 8 Uhr, im großen „Ratskeller-Saal" in Naumburg** (Saale) mit anhören.

Eltern, deren Kinder sich dem technischen Beruf widmen wollen, sowie Mitglieder des allgemeinen, freien Angestelltenbundes (Afa) und des Gewerkschaftskartells sind besonders eingeladen.

Bund techn. Angestellten und Beamten,

Ortsgruppe **Naumburg** (Saale). (293)

Bitte zu beachten!

Zu Leipziger Preis werden von wir gekauft:

Zum Beispiel:

Wolle, Kupfer, Messing, Blei, Zinn, Zink, Felle, Lumpen, Zeitungen, Papier, Knochen, Bücher und Makulatur (260)

Auf Wunsch wird jeder Posten abgeholt.

Heinrich Birnbach, Weißenfels

(Sächsischer Hof). — Fernruf 371.

Parteischriften empfiehlt die Volksbuchhandlung

Wer überdenkt
was Schuhe schont
Magol zu nehmen
ist gewohnt.

*56

Herst.: Mawagol-Gesellschaft m. b. H., Magdeburg.

Kolossal billig!

Montag früh 10000 Pfund

Grüne Heringe 230 Pf.

Pfund nur
blutfrische, zarte Ware.

Nordsee, Deutschlands größter Seefischhandel.

Telephon 5104, 1275 und 1274 181

Zuschneide-, Näh- u. Anfertigungs-Kursus.

Thieles Damenschneiderei - Fachschule,

Merseburg, Grünestraße 2, 136

— Eingang: Treppe Burg- und Domstraße. —

Der nächste Kursus beginnt am 17. Januar cr.

Kolleginnen u. Kollegen werd. Vorzugspreise gewährt.

Verwöhnte Raucher verlangen dauernd Ar-Gold-Zigaretten.

Ar-Gold o. M.	Egon	25 Pf.
Ar-Gold o. M.	Spezial	30 Pf.
Ar-Gold o. M.	Sport	30 Pf.

Ar-Gold-Zigaretten

werden unter hervorragender fachmännischer Leitung aus nur guten aromatischen Tabaken fabriziert und erfreuen sich daher infolge Preiswürdigkeit allgemeiner Beliebtheit.

Generalvertreter mit Lager:

Kurt Neumann, Halle (Saale),

Alter Markt 1. *53 **Telephon 1565.**

Von heute an steht wieder ein Transport 125

große und kleine Läuferschweine

preiswert zum Verkauf.

Franz Wernicke :: Döllnitz.

Telephon Ammendorf 95.

Unseren geehrten Abonnentinnen und Leserinnen zur gefl. Kenntnisnahme, daß sich die Lieferung des Heft 15 der „Halleschen Hausfrau" um einige Tage verzögert, da eine Betriebsstörung die rechtzeitige Lieferung unmöglich macht. Wir bitten höflichst, die Verzögerung zu entschuldigen. *52

Die für Dienstag, den 11. Januar 1921, nachmittags ½3 Uhr angekündigte

KAFFEESTUNDE

mit Vortrag und anschl. Aussprache findet dennoch im Wintergarten-Saal statt und sind Eintrittskarten in der Geschäftsstelle, Schmeerstraße 17/18, u. an der Nachmittagskasse zu haben. Wir erlauben uns auf das künstlerische und reichhaltige Programm aufmerksam zu machen.

Verlag „Hallesche Hausfrau".

Fernsprecher 2825. Schmeerstr. 17/18.

VKPD. Ortsgruppe Aue-Aylsdorf, Zangenberg.

Nachruf.

Donnerstag früh ½3 Uhr, verstarb an den Folgen eines Unglücksfalles im Knappschaftskrankenhaus zu Hohenmölsen unser Genosse

Oswald Wildensee

Die Beerdigung findet Sonntag nachmittag in Zangenberg statt. Zeit wird noch bekanntgegeben. Zahlreiche Beteiligung erwartet

(291) Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210108-11/fragment/page=0008
DFG

Leben • Wissen • Kunst

Der Kleinbürger und die Revolution.

Von Maxim Gorki.

Das Kleinbürgertum ist — der seelische Charakterzug der Repräsentanten der herrschenden Klassen der Gegenwart. Die Grundzüge des Kleinbürgertums sind — ein krüppelhaft entwickeltes Gefühl des Eigentumsrechtes, ein stets hochgespanntes Verlangen nach innerer und äußerer Ruhe, eine dunkle Angst vor allem, was auf irgendeine Weise diese Ruhe verscheuchten könnte, und ein hartnäckiges Streben, sich so rasch als möglich alles erklären zu können, was das gewöhnliche Gleichgewicht der Seele ins Schwanken bringt und die gewohnten Ansichten über das Leben und die Menschen stört.

Diese Erklärungen gibt sich der Kleinbürger indessen nicht zu dem Zwecke, um das Neue und Unbekannte zu begreifen, sondern bloß um sich selbst und seine passive Rolle im Kampfe ums Dasein zu rechtfertigen.

Das ekelerregende Gefühl des Eigentumsrechtes bei einer Gesellschaft, die auf der Knechtung der Menschen aufgebaut ist, kann vielleicht dadurch erklärt werden, daß das einzelne Individuum bloß im Gelde eine gewisse Möglichkeit zu sehen scheint, um sich frei und stark zu fühlen, da bloß das Geld das Individuum manchmal vor der Willkür des allmächtigen Ungeheuers — Staat genannt — beschützen kann.

Eine Erklärung ist jedoch keine — Rechtfertigung. Der Staat der Gegenwart ist durch die Kleinbürger zum Schutze ihres Eigentums geschaffen worden — die Kleinbürger aber haben dem Staate die Möglichkeit gegeben, sich bis zur vollkommenen Knechtung und Verstümmelung des einzelnen Individuums zu entwickeln. Suchet nicht von außen Schutz vor einer Euch feindlichen Macht — trachtet in Euch selbst einen Widerstand von der Gewalt zu entwickeln.

Das Leben ist bekanntlich der Kampf der Herren um die Macht und der Knechte um die Befreiung von dem Joche dieser Macht. Das Tempo dieses Kampfes wird mit der Zunahme des Gefühles der persönlichen Würde und des Bewußtseins der einheitlichen Klasseninteressen in den Volksmassen immer rascher und rascher.

Das Kleinbürgertum wollte ruhig und angenehm leben, ohne sich an diesem Kampfe aktiv zu beteiligen, seine Lieblingsposition war — ein friedliches Dasein in der Nachhut der stärkeren Armee. Das innerlich kraftlose Kleinbürgertum beugt sich stets vor der rauhen äußeren Macht seiner Regierung, wenn aber — wie wir es gesehen und noch sehen — die Regierung gebrechlich zu werden anfängt, dann wird das Kleinbürgertum fähig, ihr einen Teil der Herrschaft über das Land abzubetteln oder sogar herauszureißen, wobei es sich auf die Kraft des Volkes stützt und sich der Hände desselben zur Erlangung des Gewünschten bedient.

Das Kleinbürgertum hat das Volk mit einer grauen, klebrigen Hülle dicht überklebt, es kann aber nicht umhin, zu fühlen, wie dünn diese kalte Schicht ist, wie die ihm feindlichen Instinkte unter ihr brodeln, wie hell der klare, unversöhnliche Gedanke zu lodern anfängt und wie dabei die hundertjährige Lüge zerschmilzt und verbrennt . .

Dieser Ansturm der Energie von unten nach oben erweckt in dem Kleinbürgertum eine bange Angst vor dem Leben — im Grunde genommen ist es eine Angst vor dem Volke, mit dessen blinder Kraft das Kleinbürgertum den gebrechlichen, engen und langweiligen Bau seines Wohlergehens aufgeführt hat. Auf dem unruhigen Boden dieser Angst, auf der Vorahnung einer Vergeltung flackern bei den Kleinbürgern hastige und ungeschickte Versuche auf, ihre Rolle als Parasiten des Volkes zu rechtfertigen — dann werden aus den Kleinbürgern Maltusse, Spencers, Lembons Lombrosos — ihr Name ist Legion . . .

Später einmal wird wahrscheinlich von irgend jemand eine „Geschichte der sozialen Lüge“ — ein mehrbändiges Werk, geschrieben werden, in welchem alle diese furchtsamen Versuche einer Selbstrechtfertigung gesammelt, einen förmlichen Ararat schamloser Anstrengungen bilden werden, mit welchem die augenscheinliche klare Wahrheit durch einen Haufen klebriger, listiger Lügen erdrückt werden sollte . . .

Die Kleinbürger lassen sich stets durch das Wahngebilde einer Möglichkeit blenden, sich selbst und der großen Welt zu beweisen, daß sie an nichts schuldig sind.

Und sie beweisen in langweiligen, mehr oder minder wortreichen Redewendungen, daß es im Leben unbezwingliche, fatale Gesetze gebe, die von Gott oder der Natur oder von den Menschen selbst geschaffen worden sind, daß kraft dieser Gesetze der Mensch sich bloß auf dem Nacken seines Nächsten bequem einrichten könne, und daß — wollten alle Arbeiter Koteletten essen — es auf der Erde an Kälbern mangeln würde . . .

Die Gegensätze zwischen dem Volke und den ihm befehlenden Klassen sind — unversöhnlich. Jeder Mensch, welcher den Triumph der Wahrheit, der Freiheit und der Schönheit aufrichtig wünscht, muß, soviel es in seiner Macht steht, zugunsten einer rascheren und normalen Entwicklung dieser Gegensätze bis zu ihrem Ende arbeiten, denn am Ende dieses Prozesses wird mit derselben Deutlichkeit vor allen Menschen das ganze Verbrecherische unserer gesellschaftlichen Ordnung erstehen und die Unmöglichkeit einer weiteren Existenz derselben in den gegenwärtigen Formen wird allen klar werden . . .

Unser Kleinbürgertum ist stets bemüht gewesen, den Prozeß der normalen Entwicklung der Klassengegensätze hintanzuhalten.

Wenn die Reibung der feindlichen Kräfte im Leben stärker wird, dann verbergen die Kleinbürger ängstlich ihre Köpfe unter dem Fittig irgendeiner versöhnenden Theorie. Selbst einer persönlichen Teilnahme am Kampfe ausweichend, bemüht sich der Kleinbürger, eine mehr oder minder autoritative dritte Person beizuziehen, die er mit der Sorge, seine kleinbürgerlichen Interessen zu schützen, betraut. Früher hatte er sich für seine Zwecke sehr geschickt Gottes bedient, als Gott aber durch die kirchliche Ordnung erstickt worden war, da wandte er sich zur — Wissenschaft und war bemüht, überall Beweise einer Notwendigkeit für die Mehrzahl der Menschen, sich der Minderheit unterzuordnen, herauszufinden.

Wisset — jedesmal, wenn sich auf dem klaren und grandiosen Tempel der Wissenschaft ein dunkler, verdächtiger Schimmel bildet, hat — der Kleinbürger mit seiner frechen, unreinen Hand den Tempel der Wahrheit berührt . . .

Die Wissenschaft ist durch die Erfahrung und durch den menschlichen Gedanken geboren worden, sie ist eine freie Kraft, welche sich den Interessen des Kleinbürgertums schwer unterwerfen läßt, — in der Wissenschaft finden sich keine Beweggründe, welche das Sein des Kleinbürgertums rechtfertigen würden, im Gegenteil — je mehr die Wissenschaft vorwärtsschreitet, desto greller beleuchtet sie die Schädlichkeit des Parasitentums. (Schluß folgt.)

49]

Der Untertan.

(Nachdruck verboten)

Roman von Heinrich Mann.

In das weitere Verhör Heuteufels griff der Verteidiger ein, der vom Zeugen wissen wollte, wie er, als intimer Bekannter des Angeklagten, sein Familienleben beurteile. Heuteufel machte eine Bewegung, durch den Saal rauschte es: man hatte verstanden. Aber ob Sprezius die Frage zuließ? Er hatte schon den Mund geöffnet, um sie abzulehnen, begriff aber noch rechtzeitig, daß man einer Sensation nicht ausweichen dürfe — worauf Heuteufel den mustergültigen Zuständen im Hause Lauer hohes Lob spendete. Jadassohn trank die Worte des Zeugen, bebend vor Ungeduld. Endlich konnte er, mit namenlosem Triumph in der Stimme, seine Frage stellen. „Will der Zeuge sich auch darüber äußern, welcher Art die Weiber sind, aus deren Bekanntschaft er persönlich die Kenntnis des Familienlebens schöpft, und ob er nicht in einem gewissen Hause verkehrt, das im Volksmund Klein-Berlin heißt?“ Und noch im Sprechen vergewisserte er sich, daß die Damen im Publikum, und gleich ihnen die Richter, tief verletzte Gesichter bekamen. Der Hauptentlastungszeuge war vernichtet! Heuteufel versuchte noch zu antworten: „Der Herr Staatsanwalt wird es wissen. Wir sind uns dort wohl begegnet.“ Aber das diente nur dazu, daß Sprezius ihm eine Ordnungsstrafe von fünfzig Mark auferlegen konnte. „Der Zeuge hat im Saal zu bleiben,“ entschied der Vorsitzende schließlich. „Das Gericht braucht ihn noch zur weiteren Aufklärung des Tatbestandes.“ Heuteufel äußerte: „Ich meinerseits bin aufgeklärt über den Betrieb hier und würde es vorziehen, das Lokal zu verlassen.“ Sofort wurden aus den fünfzig Mark hundert.

Wolfgang Buck sah sich unruhig um. Seine Lippen schienen die Stimmung im Saal zu schmecken, sie verzogen sich, als äußerte sich die Stimmung in diesem merkwürdigen Geruch, der, seit das Fenster geschlossen war, sich wieder gelagert hatte. Buck sah die Sympathien, die ihn hereinbegleitet hatten, zersprengt und abgestumpft, seine Kampfmittel unnütz verbraucht; und das Gähnen der vom Hunger in die Länge gezogenen Gesichter, die Ungeduld der Richter, die nach der Uhr schielten, verhieß ihm nichts Gutes. Er sprang auf; retten, was zu retten war! Und er machte seine Stimme energisch, um die Vorladung weiterer Zeugen für die Nachmittagssitzung zu beantragen. „Da der Herr Staatsanwalt es zum System erhebt, die Glaubwürdigkeit unserer Zeugen zu bezweifeln, sind wir bereit, den guten Leumund des Angeklagten zu beweisen durch die Aussagen der ersten Männer von Netzig. Kein Geringerer als Herr Bürgermeister Dr. Scheffelweis wird dem Gericht die bürgerlichen Verdienste des Angeklagten bezeugen. Der Herr Regierungspräsident von Wulckow wird nicht umhin können, ihm seine staatsfreundliche und kaisertreue Gesinnung zu bestätigen.“

„Nanu,“ sagte dahinten aus dem freien Raum der dröhnende Baß. Buck strengte seine Stimme an.

„Für die sozialen Tugenden des Angeklagten aber werden seine sämtlichen Arbeiter eintreten.“

Und Buck setzte sich, hörbar keuchend. Jadassohn bemerkte kalt: „Der Herr Verteidiger beantragt eine Volksabstimmung.“ Die Richter berieten flüsternd; und Sprezius verkündete: das Gericht gebe nur dem Antrage des Verteidigers statt, der sich auf die Vernehmung des Bürgermeisters Dr. Scheffelweis beziehe. Da der Bürgermeister im Saal war, wurde er sogleich aufgerufen.

Er arbeitete sich aus seiner Bank heraus. Frau und Schwiegermutter hielten ihn von beiden Seiten fest und gaben ihm hastig Forderungen mit, die einander widersprechen mußten, denn der Bürgermeister langte sichtlich verstört am Richtertisch an. Welche Gesinnung der Angeklagte in der bürgerlichen Oeffentlichkeit betätigte? Dr. Scheffelweis wußte Gutes darüber zu bekunden. So hatte der Angeklagte sich in den städtischen Kollegien eingesetzt für die Wiederherstellung des altberühmten Pfaffenhauses, wo die Haare aufbewahrt wurden, die bekanntlich Dr. Martin Luther dem Teufel aus dem Schwanz gerissen hatte. Freilich, auch den Saalbau der „Freien Gemeinde“ hatte er unterstützt und dadurch unleugbar viel Anstoß erregt. Im Geschäftsleben sodann genoß der Angeklagte die allgemeine Achtung; die sozialen Reformen, die er in seiner Fabrik eingeführt hatte, wurden vielfach bewundert, — wenn freilich auch dagegen eingewendet ward, daß sie die Ansprüche der Arbeiter ins ungemessene steigerten und so den Umsturz vielleicht doch zu befördern geeignet waren. „Würde der Herr Zeuge,“ fragte der Verteidiger, „den Angeklagten des ihm zur Last gelegten Delikts für fähig halten?“ — „Einerseits,“ erwiderte Scheffelweis, „gewiß nicht.“ — „Aber andererseits?“ fragte der Staatsanwalt. Der Zeuge erwiderte: „Andererseits gewiß.“

Nach dieser Antwort durfte der Bürgermeister sich zurückziehen; seine zwei Damen empfingen ihn, eine so unzufrieden wie die andere; und der Vorsitzende schickte sich an, die Sitzung aufzuheben da räusperte sich Jadassohn. Er beantragte, nochmals den Zeugen Doktor Heßling zu vernehmen, der seine Aussage zu ergänzen wünsche. Sprezius klappte mißgelaunt mit den Lidern, das Publikum, das soeben aus den Bänken herausrutschte, murrte laut; — aber Diederich war schon vorgetreten, festen Schrittes, und hatte schon mit klarer Stimme zu sprechen begonnen. Nach reiflicher Ueberlegung sei er zu der Einsicht gelangt, daß er seine im Vorverhör gemachte Aussage vollinhaltlich aufrechterhalten könne; und er wiederholte sie, aber verschärft und erweitert. Er fing mit der Erschießung des Arbeiters an und gab die kritischen Bemerkungen der Herren Lauer und Heuteufel wieder. Die Zuhörer, die das Fortgehen vergessen hatten, verfolgten die Schlacht der Gesinnungen über die blutbetropfte Kaiser-Wilhelm-Straße bis in den Ratskeller, sahen die feindlichen Reihen sich bis zum Entscheidungskampf ordnen, Diederich wie mit geschwungenem Degen unter den gotischen Kronleuchter vorrücken und den Angeklagten herausfordern auf Leben und Tod.

„Denn, meine Herren Richter, ich leugne es nicht länger, ich habe ihn herausgefordert! Wird er das Wort sprechen, an dem ich ihn packen kann? Er sprach es und, meine Herren Richter, ich habe ihn gepackt und habe damit nur meine Pflicht erfüllt und würde sie auch heute wieder erfüllen, mögen mir daraus in gesellschaftlicher und geschäftlicher Beziehung selbst noch mehr Nachteile erwachsen, als ich in der letzten Zeit zu ertragen gehabt habe! Der uneigennützige Idealismus, meine Herren Richter, ist ein Vorrecht des Deutschen, er wird ihn unentwegt betätigen, mag ihm angesichts der Menge der Feinde gelegentlich auch der Mut sinken. Als ich vorhin mit meiner Aussage noch zögerte, war es nicht nur, wie der Untersuchungsrichter mir gütigst zubilligte, eine Verwirrung des Gedächtnisses: es war, ich gestehe es, ein vielleicht begreifliches Zurückweichen vor der Schwere des Kampfes, den ich auf mich nehmen sollte. Aber ich nehme ihn auf mich, denn kein Geringerer als Seine Majestät unser erhabener Kaiser verlangt es von mir . . “ Diederich sprach fließend weiter, mit einem Schwung in den Sätzen, der einem den Atem nahm. Jadassohn fand, daß der Zeuge anfange, die Wirkungen seines Plaidoyers vorwegzunehmen, und blickte unruhig auf den Vorsitzenden. Sprezius aber dachte offenbar nicht daran, Diederich zu unterbrechen. Mit unbewegtem Geierschnabel und ohne die Lider zu klappen, sah er auf Diederichs eiserne Miene, worin es drohend blitzte. Der alte Kühlemann sogar ließ die Lippe hängen und hörte zu. Wolfgang Buck aber: vorgebeugt auf seinem Stuhl, spähte er zu Diederich hinauf, gespannt sachkundig und die Augen voll eines feindlichen Entzückens. Das war eine Volksrede! Ein Auftritt von bombensicherer Wirkung! Ein Schlager! „Mögen unsere Bürger,“ rief Diederich, „endlich aus dem Schlummer erwachen, in dem sie sich so lange gewiegt haben, und nicht bloß dem Staat und seinen Organen die Bekämpfung der umwälzenden Elemente überlassen, sondern selbst mit Hand anlegen! Das ist Befehl Seiner Majestät und, meine Herren Richter, da sollte ich zögern? Der Umsturz erhebt das Haupt, eine Rotte von Menschen, nicht wert den Namen Deutsche zu tragen, wagt es, die geheiligte Person des Monarchen in den Staub zu ziehen . . .“

Im minder guten Publikum lachte jemand. Sprezius hackte zu und drohte den Lacher in Strafe zu nehmen. Jadassohn seufzte. Jetzt war es Sprezius freilich nicht mehr möglich, den Zeugen zu unterbrechen. (Fortsetzung folgt.)

Merkwürdiges aus dem früheren Sowjet-Ungarn.

Von P. N.

In Ungarn gab es auch vor der Errichtung der Räterepublik eine Zeit, in der man die Kommunisten viel schärfer verfolgte, als sogenannte gemeine Verbrecher, Meuchelmörder usw. Wenn in dieser Zeit ein Gefängniswärter einen solchen etwas schärfer als gewöhnlich anredete, so entgegnete dieser entrüstet: „Wie können Sie mich so behandeln? Wissen Sie denn nicht, daß ich kein Kommunist bin, sondern bloß ein gewöhnlicher Räuber?“

In solchen Zeiten durfte man natürlich nicht öffentlich agitieren für die kommunistische Idee. Mancher wackere Genosse, der es dennoch wagte, mußte für seinen Wagemut das Leben lassen.

Für die Partei war das natürlich sehr schlimm. Es gab nur einige noch nicht verhaftete fähige Genossen, und die durfte man doch nicht der Gefahr aussetzen, auch noch den Henkern in die Hände zu fallen, sollte die Agitation und Organisation nicht gänzlich brachgelegt werden. Da kam man in der Not auf den Ausweg, 16- bis 17jährige Burschen und Mädchen dazu auszubilden, daß sie fähig wurden, die allgemeinen Grundsätze der kommunistischen Anschauung auf der Straße, in Gesprächen mit Erwachsenen oder Gleichaltrigen zu verbreiten. Man nahm an, daß man diese jungen Menschen doch noch nicht bestrafen könne, weil ihre Verantwortlichkeit anzuzweifeln sei. Dazu kam, daß diese Jungen gegebenenfalls flink zu laufen und den Schutzleuten aus dem Wege zu gehen imstande waren. So geschah es! Man zog die vernünftigsten jungen Burschen und Mädchen heraus, schulte sie einigermaßen, so daß sie in der Lage waren, kleine Diskussionen anzuknüpfen und auf verfängliche Fragen sogar ziemlich gut zu antworten wußten. Man teilte sie in Gruppen und zu jeder Gruppe gesellten sich scheinbar zufällig und gar nicht zu ihr gehörig ein bis zwei Erwachsene. An Straßenkreuzungen neben großem Verkehr blieben sie stehen und lenkten die Aufmerksamkeit dieses oder jenes Vorübergehenden auf sich. Alles aber war so angelegt, daß es den Eindruck des Unbeabsichtigten und Zufälligen erweckte. Einer der Diskutierenden sprach immer wie ein Sozialdemokrat, also wie ein Gegenrevolutionär, und der andere wie ein Kommunist. Dabei sprachen sie allmählich laut und lauter, bis die Vorübergehenden mehr und mehr darauf aufmerksam wurden und sich ansammelten.

So entstanden oft auf scheinbar ganz natürliche Weise lebhafte Diskussionen, im Verlaufe deren allerlei Für und Wider auftauchten und zur Beantwortung geradezu anregten.

Dabei wurde manche Ueberzeugung geprüft und durch die verschiedensten Begründungen auch gefestigt. Kam dann die Polizei dazu, so waren im Nu die jungen Genossen verschwunden unter der Menge, um im nächsten Augenblick an einer anderen Straßenecke oder Kreuzung dasselbe Spiel von neuem zu beginnen. Das geschah nicht willkürlich, sondern war vorher bedacht organisiert, so daß jeder Genosse seinen bestimmten Bezirk hatte, den er gleichsam „bearbeitete“. Schließlich bekamen diese Agitatoren den Namen „fliegende Agitatoren“.

Später, zur Zeit der Räterepublik, fand man eine Möglichkeit, viele Nichtmitglieder der Kommunistischen Partei zum Besuch ihrer Vorträge zu gewinnen und sie daran zu gewöhnen. Man gab nämlich zu diesen Vorträgen teure Eintrittskarten aus, die man nicht verkaufte, sondern durch verschiedene Parteimitglieder an Indifferente verteilen ließ. Sie glaubten, diese teuren Karten dürfe man nicht verfallen lassen, weil es ihre kleinbürgerliche Denkweise nicht zugab, etwas „einzubüßen“, was Geld wert war; deshalb gingen sie in die Versammlung. Die Redner sorgten dann dafür, daß die Leute, die erst ein- oder zweimal in den Vorträgen gewesen waren, Lust bekamen, auch fernerhin solche Vorträge zu hören.

Die Sozialdemokratische Partei machte den kommunistischen Agitationen mehr Schwierigkeiten als die Reaktionäre. Sie, die in Ungarn schon in den Vorkriegszeiten die Proletarier verraten hatte. Dort konnte nämlich niemand Gewerkschaftsmitglied sein, ohne gleichzeitig auch in der Sozialdemokratischen Partei Mitglied zu werden. Wenn man also etwas durch die Arbeiter erreichen wollte, so mußte man das Ansehen, das die kleinbürgerlich-sozialdemokratische Partei in den Augen der meisten Arbeiter noch hatte, zerstören.

Von dem Mancherlei, was die Kommunistische Partei tat, um die Sozialdemokraten in den Augen der Arbeiter zu mißkreditieren, soll hier nur einiges erwähnt werden. Ungefähr zur selben Zeit, als in Deutschland Liebknecht lebhafte Agitation gegen den Krieg im Parlament führte, vollzogen sich in Ungarn die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung. Die Kommunisten hielten sich von diesen Wahlen zurück, denn sie hatten bereits eine viel größere Macht, als daß sie sich vor den offenen Reaktionären zu verstecken brauchten. Und so blieben die Sozialdemokraten mit einer ihnen öffentlich noch nicht angeschlossenen kleinbürgerlichen Gruppe allein auf dem Wahlkampfplatz. Man nahm an, daß sie die sämtlichen Sitze höchstens mit ein oder zwei Ausnahmen bekommen würden. Es entstand also gar kein Wahlkampf, sondern man hielt es nur für nötig, einfach die Einwohner zu veranlassen, an die Wahlurne zu gehen, um ihre Stimme abzugeben.

Da erschien eines Tages ein enorm großes Plakat. Auf ihm stand ein riesengroßer Arbeiter vor dem Parlament mit einem Pinsel und einem Eimer voll roter Farbe und färbte das ganze große Gebäude. „Rot soll das ganze Parlament sein!“ stand mit weit sichtbaren, roten Lettern darunter. Die nun zahlreich herbeieilenden Betrachter nahmen am nächsten Tage wahr, daß über das Plakat, das dieses rote Gebäude darstellte, ein weißer Zettel geklebt war, auf dem man las: „Vorsicht, frisch gestrichen“, und am Rande sah man noch in kleinen Buchstaben: „KPU.“ (Kommunistische Partei Ungarns). Es gab keinen wirksameren Kampf gegen die Zweideutigkeit der Sozialdemokratischen Partei, als dieses Plakat, das alle Arbeiter zum Lachen und danach zum Nachdenken reizte.

Heiteres.

Schönster Traum eines thüringischen Bauern. Ich kullte nur ä mol ö paar Munate Ferscht sei; dä Hersche im Schwarzburger Wildzaune, die ließ'ch alle morde, un de Saukerche im Schwarzetale, die werde o widder rabgerießen un kei Hase dürft' sich merre in Lanne laßen blicke, un nacher da schafft'ch auch dä Regierechen, s' Konsistorichen, de Suldaten un dä Schteiern ab. Die Paar Schreibichen, die wullt'ch schunne sälber laßt mache von Schulmester un fer alles letzt da liesch'n Amtmann ä mol rächt karwatsche.

Autor und „Autorität“. Bei einer kritischen Besprechung glaubte sich ein Schriftsteller unter anderem auf die „Autorität“ von Schiller und Goethe berufen zu dürfen. Der Präsidialist des Prager Guberniums . . . kannte in seinem bureaukratischen Hochgefühl nur Zivil- und Militär-„Autoritäten“ und lud den Himmelsstürmer in seine Kanzlei, um ihm die respektwidrige Redeweise vorzuhalten. Als der Schriftsteller seinen Satz verteidigen wollte: „wie in anderen Sphären Behörden und Aemter, so seien auf dem Gebiete der deutschen Literatur Schriftsteller von erstem Range wie Schiller und Goethe doch ohne Frage Autoritäten,“ fiel ihm der Unfehlbare ins Wort: „Autoren wohl, aber nicht Autoritäten,“ nahm die Feder und berichtigte in solcher Weise die anstößige Stelle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210108-11/fragment/page=0009
DFG

Die kommunistische Frau

Genossinnen!

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung ist in ihren Grundfesten erschüttert. Der Verfall tritt täglich deutlicher in die Erscheinung. Die Profitwirtschaft läßt es heute nicht mehr zu, daß die Ernährung der arbeitenden Klasse sichergestellt ist. Sie läßt es nicht zu, daß diejenigen, die alles an Waren herstellen, sich genügend Kleider und ausreichende Wohnung verschaffen können.

Trotzdem beinahe zwei Jahre intensiv gearbeitet wird und die Läger der Produktionsstätten mit Waren überfüllt sind, leidet die große Masse der Proletarier an allem die bitterste Not. Die Kaufkraft der arbeitenden Klasse sinkt von Tag zu Tag, weil die Preise für den Lebensbedarf immer höher steigen, die Löhne aber nicht im entferntesten Schritt halten mit den unerhörten Wucherpreisen. Infolge der wahnsinnigen Wirtschaftsordnung haben wir in Deutschland 370 000 Arbeitslose und 8 Millionen Kurzarbeiter zu verzeichnen, die mit ihren Familien dem Elend preisgegeben sind. Viele Tausende könnten mit der Herstellung von Wohnungen beschäftigt werden, es fehlen über eine Million Wohnungen. Der Kapitalismus läßt das Bauen nicht zu, trotzdem Tausende in den erbärmlichsten Wohnhöhlen mit ihren Familien zusammengepfercht sind, wodurch Seuchen, Krankheit und Siechtum in erhöhtem Maße gefördert werden.

Diese allgemeine Not haben die Frauen des werktätigen Volkes in verschärftem Maße zu tragen. Als Hausfrauen und Mütter sind sie als Verwalterinnen des unzulänglichen proletarischen Einkommens für alles verantwortlich; als Erwerbstätige müssen sie noch heute trotz politischer Gleichberechtigung für minderen Lohn arbeiten als die Männer. Aus der Geschichte der Vergangenheit und Gegenwart haben wir gelernt, daß das Privateigentum die letzte und tiefste Wurzel der Vorrechts- und Vorzugsstellung des Mannes vor dem Weibe ist. Erst in einer kommunistischen Gesellschaftsordnung wird die Frau ebenso wie der Mann die volle menschliche Freiheit erlangen. Die Frauen müssen daher den Kampf der VKPD. um die Erreichung dieses Zieles mit allen Mitteln unterstützen, ja sie müssen diesen Kampf zu ihrer ureigensten Sache machen.

Die VKPD. muß alle Kräfte für den uns bevorstehenden Kampf zusammenfassen. Auch die weiblichen Kräfte, soweit sie mithelfen wollen, eine neue Gesellschaftsordnung aufzubauen. Sie will diese Frauen zu tatbereiten Mitkämpferinnen erziehen.

Um diesen Zweck erfüllen zu können, hat die an den Gründungsparteitag der VKPD. sich anschließende Frauenkonferenz beschlossen, möglichst allen unseren Parteiblättern eine allwöchentlich erscheinende Frauenbeilage anzugliedern. Dem Beschluß gerecht zu werden, erscheint jetzt „Die kommunistische Frau" jeder Sonnabend in unserem neuen Organ, dem „Klassenkampf". „Die kommunistische Frau" soll den Genossinnen Beraterin und Wegweiserin im Kampf um ihre Rechte sein.

Damit sie dieser Aufgabe in jeder Weise gerecht werden kann, ist es notwendig, daß die Genossinnen, die draußen im Leben stehen, unsere Zeitung mit Anregungen und wichtigen Mitteilungen versorgen, soweit sie dazu in der Lage sind. Diese Mitarbeit wird dazu beitragen, unsere Zeitung zu einem lebensvollen und stets aktuellen Organ zu gestalten und dadurch immer neue Kämpferinnen für unsere gute Sache zu gewinnen und zu schulen.

Nur wenn alle Genossinnen ihr bestes Wollen und Können einsetzen, wird es möglich sein, die Schulung unter den proletarischen Frauen so zu fördern, daß sie bei den uns bevorstehenden Kämpfen alles tun, um den Sieg der sozialen Revolution miterringen zu helfen und dadurch Not und Elend für immer aus der Welt zu schaffen.

Also, Genossinnen, auf ans Werk zu frischem Tun, dann muß der Sieg unser sein!

Die Bezirksleitung für Halle-Merseburg.
I. A.: Frauensekretariat.

Wer ist schuld?

Sie sind beide vor dasselbe Joch gespannt. Keuchend, mit Aufbietung all ihrer Kräfte, ziehen sie beide dieselbe schwere Last: der Mann und das Weib, der Arbeiter und die Arbeiterin. So stellte es ein großer französischer Künstler im Bilde dar. So ist es im Leben. Proletarier und Proletarierinnen, beide sind Arbeitssklaven, beide sind Ausgebeutete, Unterdrückte. Um des Profites ihrer „Herren" willen keuchen sie beide unter derselben Last, Tag um Tag, Woche um Woche, Jahr um Jahr — ihr ganzes Leben. Aber den schwereren Teil der Last hat das Weib, haben die „schwachen" weiblichen Schultern zu tragen. Denn die Frau ist nicht nur Arbeiterin, nicht nur ausgebeutet durch den Kapitalismus in der Fabrik, sie ist auch ausgebeutet in der Familie, ausgebeutet, unterdrückt als Mutter und Hausfrau. „Und wenn wir unsere elf Stunden am Tag geschuftet haben, so müssen wir nachher noch zu Hause den Dreck hinter den Männern wegputzen." So bemerkte einmal in einer Versammlung ein „einfaches Maurerweib". Die wenigsten Arbeiter und Arbeiterinnen haben sich zu der Erkenntnis durchgerungen, die aus diesen Worten spricht.

Die meisten Arbeiter betrachten es als etwas ganz Selbstverständliches, daß sie durch die Heirat die Frau als lebenslängliche Haushälterin aufkaufen, daß sie alle Verantwortung für Pflege und Erziehung der Kinder auf die Frau überwälzen. Und die meisten Frauen betrachten es als etwas ganz Natürliches, daß sie, die durch die Heirat „versorgt" worden sind, nun dem Mann zu „dienen", den Mann zu bedienen haben. Der Arbeiter, der jahrzehntelang den Kampf um den Achtstundentag geführt hat, er bemerkt es kaum, daß in seinem eigenen Hause für die Frau unbegrenzte Arbeitszeit herrscht, daß seine Frau ihm, dem „Arbeitgeber" in der Familie, gegenüber rechtloser ist, als er dem Unternehmer in der Fabrik gegenüber. Und die Frau, von Jugend auf zur Demut, Dienstbarkeit erzogen, kann es sich gar nicht anders vorstellen, als daß sie den Abend, den der Mann zur Erholung, Bildung, politischer Tätigkeit verwendet, mit Strümpfestopfen und Kinderwiegen hinbringt.

Zur Aufhebung von Unterdrückung und Sklaverei kommt es immer erst dann, wenn der Unterdrückte sich gegen die Ausbeutung auflehnt. Und zur Auflehnung ist er erst dann fähig, wenn er sich der Unterdrückung bewußt geworden ist. Die Aufhebung der Familiensklaverei wird daher erst dann möglich, wenn die Frauen ihre „verdammte" Bedürfnislosigkeit abgelegt haben, die bestehende Arbeitsverteilung als „ungerecht" empfinden und sich dagegen auflehnen. Solange die Frauen sich „nichts Besseres wünschen", als „hinter dem Mann den Dreck wegzuputzen", ihre Kräfte in „emsigem häuslichen Schalten und Walten" zu vergeuden, und so geistig zu versumpfen, vor der Zeit alt zu werden, sich körperlich zugrunde zu richten, so lange wird sich allen möglichen gesellschaftlichen Umwälzungen zum Trotz auch nicht das Geringste in ihren Lebensverhältnissen ändern. Erst wenn sie zum Bewußtsein ihrer Sklavenexistenz gekommen sind, wenn sie gelernt haben, Ansprüche zu stellen, wenn Bedürfnis nach Wissen, Erkenntnis, nach Wirksamkeit in größerem Kreis in ihnen wach geworden ist, werden sie imstande sein, sich aufzulehnen, sich zu befreien.

Aufzulehnen gegen wen? Gegen den Mann? So unsinnig es ist, im Gewühl in der Straßenbahn demjenigen, der uns stößt und drängt, weil er selbst gestoßen und gedrängt wird, die Schuld beizumessen, so unsinnig wäre es, wenn die Proletarierinnen die Schuld, daß sie schwerer als der Mann an den Lasten des Lebens zu tragen haben, dem Manne zumessen wollten, und gegen ihn persönlich rebellieren wollten. Nein, der Mann, Ausgebeuteter, Unterdrückter selbst, ist es nicht, der an der Ausbeutung der Frau in der Familie die letzte Schuld trägt. Die Schuld trägt der Kapitalismus.

Der Kapitalismus, der den Arbeiter zum Lohnsklaven macht, zwingt ihn, die Frau im Haushalt als seine Magd zu verwenden. Der Kapitalismus, der den Arbeiter in der Fabrik unterdrückt und ausbeutet, verführt ihn, in seinen eigenen vier Wänden, Frau und Kindern gegenüber, sich als „Herr" zu gebärden. Der Kapitalismus, der die Frau um des Profites willen aus dem Heim ins Erwerbsleben gerissen und dadurch ihr Heim zerstört hat, kettet sie andererseits mit eisernen Banden an dieses Heim, hält sie in der Familiensklaverei fest, indem er unfähig ist, sie gänzlich aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Manne zu befreien. Erst der Kommunismus, der die Lohnarbeit überhaupt aufhebt, indem er die Arbeiter in den Besitz der Produktionsmittel setzt, schafft die Voraussetzung, die Frau von der Last der häuslichen Pflichten zu befreien. Denn er macht es möglich, den Einzelhaushalt durch andere rationellere Hauswirtschaftsformen, die Familienerziehung durch die gesellschaftliche Erziehung zu ersetzen.

Die Auflehnung der Frau hat sich daher nicht zu richten wider den Mann, der nach einem Wort von Engels in der Familie die Bourgeoisie darstellt, während sie das Proletariat repräsentiert. Ihr Kampf hat sich zu richten wider die Ausbeutung überhaupt. Nur durch die Abschüttelung des Joches, das sie beide, Mann und Frau, gemeinsam drückt, kann sie erlöst werden von ihrem Aschenbrödeldasein. Nicht im Kampf gegen den Mann, sondern nur im gemeinsamen Kampfe mit dem Manne gegen den Kapitalismus, kann sie sich aus der Knechtschaft des Mannes befreien.

Kapitalistische und kommunistische Ordnung.

Weiten Kreisen der bürgerlichen Gesellschaft in allen Ländern bereitet es Befriedigung, von einer stets zunehmenden Morallosigkeit der Massen zu reden und sich darüber zu entrüsten. Aber indem sie die Einrichtungen des heutigen bürgerlichen Staates als erhaltungswert verteidigen, indem sie das sozialistische Ziel der Erneuerung der menschlichen Gesellschaft bekämpfen, decken sie, wenn nicht in der Absicht, so doch tatsächlich allen Gestank und Fäulnis, die sich auf dem Boden des kapitalistischen Systems entwickelt haben.

Viele rümpfen auch heute noch die Nase, wenn ihre Hausangestellte ein uneheliches Kind zur Welt bringt, ohne auch nur daran zu denken, wie oft dabei die wirtschaftliche Not die Ursache ist. Sie betrachten es als Schande, wenn ein Kind geboren wird von einer Frau, die noch nicht den vom Bürgerlichen Gesetzbuch vorgeschriebenen Ehevertrag eingegangen ist, anstatt daß sie vor jeder Mutter eines Kindes Achtung hätten.

Wie hoch in moralischer Beziehung die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft der Gegenwart steht, das beweist nachfolgendes „Ehrendokument", eine Verfügung des kommandierenden Generals der 256. französischen Brigade, welche in der „Humanité" veröffentlicht wurde und folgenden Wortlaut hat:

Betrieb und Polizei des öffentlichen Hauses in München-Gladbach.

Die zwei Frauen, die das gesamte Personal des öffentlichen Hauses (Gasthausstraße 2) ausmachen, haben erklärt, daß sie nicht imstande sind, den zahlreichen Besuchern zu genügen, die ihr Haus überschwemmen, vor dem ständig zahlreiche Gruppen ausgehungerter Klienten stehen. Sie erklären, daß sie mit Hinsicht auf den Dienst, den sie ihren deutschen und belgischen Abonnenten schulden, nicht imstande sind, der Division mehr als insgesamt 20 Eintritte täglich (jede zehn) zu gewähren. Das Etablissement arbeitet übrigens nicht in der Nacht und hält die Sonntagsruhe strikte ein. Anderseits erlauben die Hilfsquellen der Stadt, wie es scheint, nicht, das Personal zu vermehren. Unter diesen Bedingungen wird zur Vermeidung jeder Unordnung und um von diesen Frauen nicht eine Arbeit zu verlangen, die ihre Kräfte übersteigt, nachstehende Verfügung getroffen:

Arbeitstage: Alle Tage mit Ausnahme des Sonntags.

Höchstleistung: Jede Frau empfängt je zehn Männer, also 20 für zwei Personen, 120 in der Woche. Betriebszeit: ½6 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends. Besuche außerhalb dieser Stunden finden nicht statt.

Tarif: Für einen Aufenthalt von einer Viertelstunde einschließlich Eintritt und Verlassen des Etablissements fünf Mark.

Erfrischungen: Das Haus verkauft keine Getränke. Ein Wartezimmer ist nicht vorhanden. Die Besucher haben sich darin nur zu zweit einzufinden.

Einteilung: Die sechs Tage der Woche sind folgendermaßen eingeteilt:

Montag und Dienstag	1. Bataillon des 164. Regiments
Mittwoch und Donnerstag	2. Bataillon des Regiments
Freitag und Samstag	3. Bataillon des Regiments

In jedem dieser Bataillone werden an dem ihm zugewiesenen Tage 20 Eintrittskarten, fünf für jede Kompagnie, in den Bureaus der Sergeantmajore ausgelegt. Die Mannschaften, die das Etablissement zu besuchen wünschen, erhalten im Bureau ihres Sergeantmajors eine Karte, die ihnen das Recht der Priorität gibt . . .

Es folgen noch weitere Verfügungen über die „Einzelnen", die das Recht haben einzutreten, wenn die Frauen nicht besetzt sind und über die Ordnungsmaßnahmen. Es wird namentlich den diensthabenden Offizieren empfohlen, in der Gasthausstraße fleißig nachzusehen, ob alles in „Ordnung" ist.

Eine wunderbare „Ordnung"! Eine französische Ordnung vielleicht? O nein! Auch die deutschen Generale in Frankreich waren Ordnungsfreunde. Auch dort standen vor manchen Häusern der Etappenstädte bei Tag und Nacht lange Reihen von Soldaten, die ordnungsgemäß warteten, bis die Reihe an sie kam. Soll man jene Mädchen, die sich, um ihr Brot zu verdienen, einem scheußlichen Handwerk hingaben, deswegen verurteilen? Soll man den Soldaten, die durch rohen Kriegsdienst und brutale Behandlung ihrer besten menschlichen Würde beraubt waren, persönlich eine Schuld an diesen Zuständen aufbürden?

Schuld ist eine Gesellschaft, die die Barbarei des Krieges verherrlicht, die anerkennt, daß alles „rechtmäßig" erworben sei, was für Geld zu haben war.

Schuld ist die Unmoral einer Gesellschaft, die dem Angesicht der Wahrheit aus dem Wege geht, die mit heuchlerischer Gebärde sich abwendet, wenn man den Finger legt auf die Eiterbeulen am Volkskörper. Was für schamlose Heuchelei hat nur die christliche Kirche getrieben, als sie während des Krieges ihre „verordneten Diener" einreihte in den großen Apparat des Hasses und der Zerstörung als die Nachfolger eines Christus, der einst in heiligem Zorn die Tische der Wechsler im Tempel umstieß und diese hinauspeitschte, sich verpflichteten, zu schweigen und zu beschönigen, wo jedes menschliche Empfinden aufschrie vor Schmerz und Empörung.

Dieselben Leute, die zu Hause vor ihren „geliebten Zuhörern" nie Worte genug hatten, des Zorns und der Verdammnis für die geschlechtliche Unmoral, sie waren plötzlich duldsam geworden, nachdem das militärische Kommando dort es so gewollt hatte.

Wie die Geistlichkeit zu allem ihr Ja und Amen gab, was die „Staatsnotwendigkeit" erforderte, wie sie den Mord am Feinde rühmte und die Greueltaten der Eigenen verschwieg, wie sie keinen Widerspruch fand, als man Familien auseinanderriß, Unschuldige zu Hunderten im Meer umkommen ließ, so hat sie auch keinen Anlaß gefunden, gegen diese widerliche Einrichtung, die aus einem natürlichen Trieb ein geregeltes Geschäft macht, zu protestieren.

Wir haben den Wert der heutigen Gesellschaftsmoral durch diesen Hinweis auf ihre anerkannten Hüter gekennzeichnet; wir lassen demgegenüber eine kurze Schilderung der diesbezüglichen Zustände unter dem Sowjetregime folgen, dem Regime, das eine freche Lügenpresse immer noch ihren leichtgläubigen Lesern hinter der Maske einer wilden Bestie zu verbergen versucht.

Alfons Goldschmidt schreibt in seinem Buch „Moskau 1920":

„In keiner Stadt der Welt sah ich auf den Spazierwegen solch würdige Lustigkeit. In keiner Stadt der Welt (und ich sah viele Städte) sah ich die Frauen so sittsam (romanisch gesprochen). Es gibt keine Gewerbsdirnen mehr in Rußland. Vor der Revolution gab es nach der Statistik (die allerdings in Rußland besonders unzuverlässig war) aus den Straßen Moskaus 160 000 Gewerbsdirnen. Sie sind verschwunden. Faßt man noch eine, so wird sie in ein Arbeitsbataillon gesteckt. Die Beseitigung der Gewerbsdirnen, die sofortige Beseitigung, ihre Einfügung in die arbeitende Gesellschaft, ist eine selbstverständliche Forderung der Sozialisten. Sie ist eine Menschlichkeitsforderung, eine gegenkapitalistische Forderung, und auch eine Gesundheitsforderung. Die Geschlechtskrankheiten gehören (siehe Programm der Bolschewiki) zu den sozialen Krankheiten, ebenso wie die Tuberkulose und die Trunksucht. Das Programm der Kommunistischen Partei Rußlands, angenommen auf dem achten Parteikongreß, fordert unter der Rubrik „Schutz der Volksgesundheit" die Bekämpfung der sozialen Krankheiten (Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, Trunksucht usw.).

Die Liebe hat in Rußland nicht aufgehört. Sie ist ewig wie die Dummheit. Aber die Kommunisierung der Weiber durch die bürgerliche Prostitution hat aufgehört. Damit hat die „käufliche Liebe" noch nicht ihr Leben gelassen. So schnell geht das nicht. Immer noch wird in Rußland, wird in Moskau Liebe gekauft und verkauft. Aber es ist ein Abbau aller käuflichen Liebe. Sie beginnt schon zu sterben und wird sterben. Man hat die Gewerbsdirnen beseitigt. Die verschlichenen Gewerbsdirnen, besonders die verheirateten Gewerbsdirnen, können in drei Jahren nicht beseitigt werden. Es ist schwere Not in Moskau, und schwere Not bricht den Stolz des Weibes. So gibt es immer noch eine soziale Liebesfäulnis. Frauen klagten mir in Moskau darüber. Sie lobten laut und innig die große Beseitigungstat der Sowjetregierung und sie wünschten eine schnelle Linderung der Lebensnot, damit die soziale Liebesfäulnis verschwände.

Gäbe es noch eine Kommunisierung der Weiber wie im bürgerlichen Staat, so würde man sie auf dem Boulevard merken. Denn auf dem Theaterplatz und auf dem Boulevard Moskaus verkauften sich die kommunisierten Weiber. Das ist vorbei. Wenn man alle Taten der Sowjetregierung verurteilen und hassen will, diese Tat muß selbst der liberale Humanitätsdusler loben. Sie verdirbt ihm zwar das Geschäft, aber sie steht auf seinem Programm. Der Frauenhandel hat aufgehört, die Lustsklaverei stirbt ab, der Stolz des Weibes kommt auf. Ich sage nur, was ich sah. Nicht mehr und nicht weniger."

Das ist die schlichte Wahrheit über Rußland! Und damit vergleiche man, was noch heute in der kleinen Provinzpresse berichtet wird über die Weibergemeinschaft in Rußland! Aber es ist nicht mehr an der Zeit, sich mit Verleumdern auseinanderzusetzen, jetzt gilt es den Verächtern des Proletariats und der proletarischen Moral in der Wirklichkeit zu zeigen, welch neue Gesetze der Sozialismus auf die alten Tafeln zu schreiben gewillt ist; dann soll die bürgerliche Gesellschaft auch erkennen, in wessen Hand die Würde der Mütter und Frauen am besten gewahrt ist.

Auch ein Stellenangebot.

Skizze von Lene Voigt.

Während meiner letzten Erwerbslosenperiode klingelte es eines Abends an unserer Korridortür. Da meine Wirtsleute, die gewöhnlich Hinausgehen und Oeffnen abwesend waren, tat ich es. Als ich die Tür geöffnet hatte, stand ein mehr als stattlicher Herr — Marke Ochs von Lerchenau, wie er in der Oper: „Der Rosenkavalier" dargestellt ist — vor mir, der gerade mich zu sprechen wünschte. Als Legitimation zeigte er eine von mir geschriebene Offerte um die Stelle einer Kontoristin vor. Zunächst war ich ein wenig verblüfft, denn ich hatte freilich noch nicht erlebt, daß ein „Herr Chef" in höchsteigener Person sich zum Arbeitsuchenden bemüht. Aber nachdem man mehrere Monate die Arbeitslosenkarte hat abstempeln lassen müssen, da ist der Gedanke in einem vorherrschend: nur Arbeit her.

Auf der Treppe konnten wir aber nicht gut verhandeln, und so ersuchte ich den seltsamen „Unternehmer" einzutreten. Nachdem ich ihm einen Stuhl angewiesen hatte, setzte er sich mit Nachdruck nieder, dann feixte er mich vertraulich an. Inzwischen wartete ich, bis er mich nach meinen beruflichen Fähigkeiten befragen werde, aber nichts davon. Nur stellte er zunächst mein Alter fest und zwar in der Art, wie etwa ein Viehhändler ein verkäufliches Tier taxiert. Dann wünschte er zu wissen, ob ich noch einen Vater habe und nahm die Verneinung mit ersichtlichem Schmunzeln entgegen. Darauf eröffnete mir mein neuer „Schutzherr", wenn ich zu ihm käme, so hätte ich das große Los gewonnen und würde es nie bereuen.

Ich wußte noch nicht, wie ich ihm am besten meine Meinung über die Zweideutigkeit seines Angebotes beibringen könnte, als plötzlich im Nebenzimmer das Schreien eines Kindes hörbar wurde. Sofort entschuldigte ich mich für einige Augenblicke, ging und beruhigte das Kind. Als ich wieder ins Zimmer trat, bemerkte ich, daß das Gesicht des „Viehhändlers" — alias Ochs von Lerchenau — ein einziges Grinsen war. Familiär vertraulich fragte er mich, ob das mein Kleines sei. Als ich das stolz bejahte, hatte ich mir noch nicht überlegt, daß das in der gegebenen Situation das Dümmste sei, was ich machen konnte. Denn nun schien ich für meinen „Gönner" erst recht erreichbar und für seine Gelüste vogelfrei zu sein. Ja, gleich darauf versuchte er mich an sich zu ziehen, was indessen an seiner Korpulenz und an meiner Gewandtheit scheiterte.

Obwohl er mir dabei wiederholt versicherte, es „geschähe" mir doch nichts, zog ich vor, zur Tür zu gehen und den Dicken hinaus[illegible] — [illegible] ähnliche Szene hatte ich einmal im Theater gesehen — Mit meinem dramatischen Talent scheint es aber nicht [illegible] zu sein, denn der Spekulant wich nicht von der Stelle, sondern meckerte wie ein Ziegenbock. Erst als ich Miene machte, ihn einzuschließen, um mir Hilfe zu holen, erhob er sich umständlich, kam auf mich zugewackelt, versuchte mich zu streicheln und verabschiedete sich mit den Worten: „Es wäre doch wirklich nichts dabei gewesen."

Als er fort war, fragte ich mich: Wozu hat dieser Mann inseriert? Um eine Kontoristin zu finden? Im Leben nicht. So suchen also solche Wüstlinge die schwierige Lage arbeitsloser Mädchen auszunützen. So glaubt der Bourgeois für „sein Geld" alle „Bedürfnisse" befriedigen zu können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210108-11/fragment/page=0010
DFG